

**Institut für Weltwirtschaft und
Internationales Management**

**Institute for World Economics
and International Management**

Belegexemplar unv.

**Interessengruppen und wirtschaftspolitische
Reformen in der VR China**

Achim GUTOWSKI

**Berichte des Arbeitsbereichs Chinaforschung im Institut für
Weltwirtschaft und Internationales Management**

Nr. 14



Universität Bremen

- Nr. 1* Hans H. BASS und Markus WAUSCHKUHN, Der Außenhandel der VR China, Januar 1995
- Nr. 2* WANG Zhen Quan, Determinants of Foreign Investment in China, Mai 1995
- Nr. 3* Hans H. BASS und ZHANG Kai Yu, 德中经济贸易关系
Deutsch-Chinesische Wirtschaftsbeziehungen, Juli 1995
- Nr. 4* Karl WOHLMUTH, China im internationalen Währungs- und Finanzsystem, 1. Aufl. September 1995; 2. erw. Aufl. August 1996
- Nr. 5* LU Ai Guo, Chinese Views of the World Economy, Januar 1996
- Nr. 6 H. BASS / M. WAUSCHKUHN / K. WOHLMUTH / BREMER INITIATIVE OST-ASIEN E.V. (herausgegeben aus Anlaß der Verleihung des 5. Bremer Solidaritätspreises an HAN Dongfang), Menschenrechte, Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaften in China – internationale Perspektiven, Mai 1996
- Nr. 7* Dieter SENGHAAS, Wie geht es mit China weiter?, Juli 1996
- Nr. 8* Feng WEI, A Preliminary Survey of China's Interest Rate Management: The Necessity of Interest Rate Liberalization, Januar 1997
- Nr. 9* ZHANG Kai Yu, Auswirkungen der Finanzsektorreformen auf die Markt- und Risikopolitik chinesischer Geschäftsbanken
金融改革对中国商业银行的市场和风险政策影响, August 1997
- Nr. 10 Maja LINNEMANN, Women Business Owners in China: Results of a Survey, Januar 1998
- Nr. 11 Hans H. BASS, Wirtschaftskooperation zwischen Festlandchina und Taiwan – Potentiale und Grenzen, Mai 1998
- Nr. 12 Achim GUTOWSKI und TANG Xiaozhong, Kooperationsmöglichkeiten für ausländische Unternehmen in der VR China, November 1998
- Nr. 13 Hans H. BASS, Export Dynamics in Taiwan and Mainland China, 1950s-2000: A Schumpeterian Approach, Januar 1999
- Nr. 14 Achim GUTOWSKI, Interessengruppen und wirtschaftspolitische Reformen in der VR China, Juni 1999

(*) *vergriffen/out of print*

A. Gutowski ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management (IWIM).

Herausgeber: Dr. H. H. Bass und Prof. Dr. K. Wohlmuth
Bestellungen: Institut für Weltwirtschaft und Internationales
Management, Universität Bremen, FB 7,
Postfach 330 440, D-28334 Bremen;
Tel. +421-218-3011; FAX +421-218-4550
email bass@uni-bremen.de

Schutzgebühr: DM 5,-
ISSN: 0947-7977

**Institut für Weltwirtschaft und
Internationales Management**

**Institute for World Economics
and International Management**

Interessengruppen und wirtschaftspolitische Reformen in der VR China

Achim GUTOWSKI

**Berichte des Arbeitsbereichs Chinaforschung im Institut für Welt-
wirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen
Nr. 14, Juni 1999**

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG	1
2. INTERESSEGRUPPEN – ZIELE UND EINFLÜSSE AUF DIE WIRTSCHAFTSREFORMEN.....	4
2.1 GEWERKSCHAFTEN	9
2.2 VERBÄNDE	12
2.2.1 <i>Branchen- und Unternehmensverbände im Staatssektor</i>	13
2.2.2 <i>Nationale Branchenverbände</i>	14
2.2.3 <i>Nationale Unternehmerverbände</i>	15
2.2.4 <i>Verbände der Privatwirtschaft</i>	16
2.3 STAAT, REGIERUNG UND KOMMUNISTISCHE PARTEI CHINAS	18
2.4 UNTERNEHMEN	22
2.4.1 <i>Private Unternehmen</i>	22
2.4.2 <i>Staatliche Unternehmen</i>	25
2.4.3 <i>Ausländische Unternehmen</i>	27
2.5 BAUERN UND AGRARUNTERNEHMEN	29
3. WIRTSCHAFTSREFORMEN, MAKRO-ÖKONOMISCHE STEUERUNG UND INTERESSEGRUPPEN	33
3.1 POLITISCHE PROBLEME.....	37
3.2 REGIONALE PROBLEME.....	38
3.3 AGRARREFORMPROBLEME.....	40
3.4 PREIS- UND REGULIERUNGSPROBLEME.....	42
4. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK.....	43
QUELLENVERZEICHNIS	46

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

ADB	Asian Development Bank
BfAI	Bundesstelle für Aussenhandelsinformationen
BIH	Bund für Industrie und Handel
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EU	Europäische Union
GATT	Generell Agreement on Tariffs and Trade
IDA	International Development Agency
ILO	International Labour Organization
IMF	International Monetary Fund
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
MOFTEC	Ministry of Foreign Trade and Economic Cooperation
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
R&D	Research & Development
RMBY	Renminbi Yuan
SWZ	Sonderwirtschaftszone
TVC	Town-Village Company
WTO	World Trade Organization
ZK	Zentralkomitee (der KPCh)

Interessengruppen und wirtschaftspolitische Reformen in der VR China*

Achim Gutowski

1. Einleitung

Bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise in einigen asiatischen Staaten (der sogenannten „Asienkrise“) im Zeitraum 1997/98 wurden fast alle Länder Ost- und Südasiens im Laufe der Jahre von einem dynamischen Wirtschaftswachstum erfaßt.

Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre begann auch die VR China mit der wirtschaftlichen Öffnung und ebnet seitdem mit umfangreichen wirtschaftspolitischen Reform- und Liberalisierungsmaßnahmen den Weg. Dies beinhaltet unter dem Schlagwort „*Vier Modernisierungen*“ die Sektoren Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft/Technik und die Landesverteidigung. Zweistellige Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes (BIP) waren zeitweise die Folge; (1991-1995 durchschnittlich 11,7% p.a.), (BFAI, 1997B, S. 2 F.; LEMPER, A., 1997).

Die VR China wagt ein gesellschaftspolitisches Experiment, das abseits des weltanschaulichen Konflikts zwischen Sozialismus und Liberalismus das Ziel verfolgt, die wirtschaftliche Dynamik des Marktes mit der politischen Vorherrschaft der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zu verknüpfen. Der Marxismus-Leninismus hat dabei seine Funktion als Leitideologie verloren. Seit 1992 steht das Konzept der „*Sozialistischen Marktwirtschaft*“ als Kompromißformel für die Wirtschaftsform des Landes und für die Wahrung von Interessenkonstellationen diverser Interessengruppen. Daß der Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Freiheit und politischer Unfreiheit dieses Experiment bisher nicht zum Scheitern brachte, verwundert die westlichen Industrienationen. Man könnte folgern, daß der Ausgleich unterschiedlicher Interessenkonstellationen und Positionen in einem tragfähigen Konsens u.a. auf die kulturelle Tradition Chinas zurückzuführen ist, die in der wirtschaftspolitischen Umbruchphase in einem starken Ausmaß das „gesellschaftliche Leitmotiv“ prägt.

Es stellt sich die Frage, ob Erfolg bzw. Mißerfolg von Reformprogrammen, die Art und Weise ihrer Durchführung, sowie der Zeitraum, in dem sie politisch

* Der Autor dankt den Herren DR. HANS H. BASS und PROF. DR. KARL WOHLMUTH, Universität Bremen, für Anmerkungen zu einer früheren Fassung dieses Textes. PROF. DR. LI JUNGJIANG, Jilin Universität und TANG XIAOZHONG, Wirtschaftsforschungsinstitut Shanghai, danke ich für vielfältige Hintergrundinformationen im Rahmen von Diskussionen und Interviews.

aufrecht erhalten werden können, entscheidend durch Aktivitäten von Interessengruppen determiniert werden. Hängen der Erfolg und die durchzuführenden Schritte bei den Reformmaßnahmen ab vom innergesellschaftlichen Macht- und Interessengefüge? Inwieweit sind die Fähigkeiten einzelner Gruppen entwickelt, nachteilige Maßnahmen abzuwehren oder zu kompensieren? Wie stark sind die Interessen von Verbänden ausgeprägt und wovon ist deren Stellung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Machtgefüges abhängig?

Reformprozesse werden in erster Linie durch das Gruppenverhalten determiniert, d.h. sie müssen die einzelnen sozio-ökonomischen Gruppen mit ihren Strategien, Koalitionsmöglichkeiten und Handlungspotentialen in die Analyse einbeziehen (SHAMS, R., 1990, S. 12).

Ein erster Ansatz ergibt sich durch die *Interessengruppentheorie*, die das Verhältnis der am Entscheidungsprozeß beteiligten Akteure zueinander sowie ihren unterschiedlichen Einfluß in einer konkreten Entscheidungssituation zu erklären sucht. Dabei wird unterstellt, daß sich Individuen aufgrund gemeinsamer Interessen, die z.B. ökonomischer, sozialer, religiöser und ideologischer Natur sein können, zusammenschließen.

Zur Analyse der Verhältnisse in der VR China wird der Begriff der Interessengruppen dabei normalerweise weit gefaßt und benennt sowohl formal organisierte Gruppen – Gewerkschaften und Verbände – als auch informell agierende Interessengemeinschaften wie Bürgerinitiativen, ethnische, religiöse oder ideologische Gruppen wie die Studentenbewegung; aber auch Parteien, die Opposition und staatliche Institutionen wie Militär, Regierung und die KP Chinas. Im Rahmen dieser Publikation soll auf einige Interessenvertretungen eingegangen werden, die auf die Reformprozesse einwirken.

Die Interessengruppentheorie interpretiert Politik als Funktion des Einflusses gesellschaftlicher Gruppen. Interessengruppen nutzen die ihnen zur Verfügung stehenden Einflußmöglichkeiten, um politische Entscheidungen im Interesse ihrer Gruppenmitglieder zu steuern. Sie „investieren“ in die Politik mit dem Ziel der Nutzenmaximierung der Gruppenmitglieder. Dabei verfügen die einzelnen Gruppen jedoch über unterschiedliche Ressourcen, die ihre Konfliktrichtigkeit bestimmen. Sie sind z.B. abhängig von der jeweiligen Organisationsstruktur, von der Größe der Gruppe, von ihrer Stellung im institutionell-rechtlichen Gefüge, d.h. von ihrem formellen und informellen Zugang zur Macht, und von ihrer Koalitionsfähigkeit mit anderen Gruppen (SHAMS, R.; HOLTHUS, M., 1987, S. 276 F.).

Ein zweiter Ansatz ergibt sich aus der Annahme der *Modernen Theorie der Unternehmung*. Danach verwenden Manager ihren diskretionären Spielraum, um ihren persönlichen Nutzen in Form von Einkommen, Status und Ressourcenkontrolle zu maximieren (KRUG, B., 1993, S. 157 F.). Es stellt sich die Frage, ob diese Art von Nutzenfunktion auch für die chinesischen Gegebenheiten und Unternehmen gilt.

Es ist zu beachten, daß nicht alle gesellschaftlichen Interessen auf die gleiche Weise und mit gleicher Effizienz erreicht werden können. Die Pluralisierung sowie die Streuung sozialer Interessen bedeuten gewaltige Herausforderungen für Staat und Gesellschaft, zumal ein Teil der Bevölkerung von den Reformprozessen profitiert; andere verschlechtern sich und sind sozial frustriert (HEBERER, T., 1998, S. 380). Die Interessendurchsetzung besteht daher aus einer funktionalen Abhängigkeit von der Organisations- und Konfliktfähigkeit der einzelnen Gruppen.

Auch die staatliche Politik, vertreten durch die Regierung und die KP Chinas, stellt bei den Reformmaßnahmen kein Interessenvakuum dar. Wirtschaftspolitische Interventionen steuern und beeinflussen die Wohlfahrtslage einzelner Interessengruppen. Politiker streben selbst nach individueller Nutzenmaximierung – nach Machterhalt, Prestige, Selbstbereicherung und höherem Einkommen. Unter der Prämisse der Eigennutzoptimierung treffen sie daher nach Maßgabe und Einschätzung der unterschiedlichen Einflußpotentiale der einzelnen Gruppen Entscheidungen, wobei Verfügungsrechte über den Staat und dessen Ressourcen in einer Weise eingesetzt werden sollen, der die eigenen Interessen wahr.

Wo berühren die wirtschaftspolitischen Reformen die Interessen unterschiedlicher Gruppen in der VR China und inwieweit können die betroffenen Interessengruppen Entscheidungsprozesse beeinflussen? Dabei sind ihnen natürlich Grenzen auferlegt. Die Betroffenheit einzelner Gruppen, die ihre Ziele in der konkreten Entscheidungssituation bestimmt, ihre Organisationsfähigkeit und ihre Einflußpotentiale sind abhängig von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, den gesellschaftlichen Organisationsprinzipien und den politischen Regulationsmechanismen des Landes.

Die Vereinigungen in der VR China genießen jedoch nur ein sehr beschränktes Maß an Autonomie. Das Führungspersonal der offiziell lizenzierten Vereinigungen wird oft von der Parteiführung der KPCh bestimmt. Dies gilt in besonderem Maße für Industrie- und Gewerkschaftsverbände, da diese politisch am wichtigsten sind. Viele chinesische Verbände besitzen deshalb einen parastaatlichen Charakter; ein großer Teil ist sogar erst auf staatliche Initiative hin begründet worden. Daher fungieren diese nur in sehr eingeschränktem Sinne im Dienste der von ihnen vertretenen „Mitglieder“ (HEILMANN, S., 1997A, S. 87).

Dazu nimmt Li Peng, langjähriger Premierminister der VR China, Stellung: „Wir sollten von der Geschichte lernen. Während der Kulturrevolution wurden Tausende von politischen Gruppierungen gegründet. Die Situation war chaotisch. Wir werden nicht zulassen, daß sich das wiederholt.“ (HANDELSBLATT, 1998A, S. 3).

2. Interessengruppen – Ziele und Einflüsse auf die Wirtschaftsreformen

Bis zum Anfang der 90er Jahre erschwerten ideologische Auseinandersetzungen über Tempo und Richtung der Wirtschaftsreformen innerhalb der KPCh sowie politische und bürokratische Widerstände klare Reformzielfestlegungen. Nachdem sich zahlreiche spontan gegründete Interessenvertretungen und Vereinigungen an den Protesten des Jahres 1989 beteiligt hatten, wurde das Verbändewesen zu Beginn der 90er Jahre strikten Regelungen und Einschränkungen unterworfen. 1995 wurden bei der Sitzung des Zentralkomitees der KPCh Personalentscheidungen getroffen, die auf einen wachsenden Einfluß des Militärs hinweisen. Autonome informelle Zusammenschlüsse jeglicher Art sollen so verhindert werden (DEG U.A., 1996A, S. 6).

Unter diesen Bedingungen entwickelte sich eine Reformpolitik mit sowohl Plan- als auch Marktelementen. Neben dem bestehenden alten System der staatlichen Planung und der staatseigenen Unternehmen wurde der Aufbau eines nicht-staatlichen, marktorientierten Sektors erlaubt. Die KPCh verzichtete auf einen sofortigen, alle Bereiche umfassenden Wandel des Wirtschaftssystems, und setzte dafür auf schrittweise und kontrollierbare Reformen.

Ein Rückblick über die wirtschaftliche Situation zum Ende der Mao-Ära (1978) macht deutlich, daß es sich beim jetzigen Reformprozeß nicht um Änderungen von Eigenschaften einer sozialistischen Wirtschaftspolitik handelt, die mit dem herkömmlichen Instrumentarium von Veränderungen im Zentralisierungsgrad der Wirtschaftsbürokratie, in der Subventionspolitik oder der Investitionsquote operiert.

Die Reformen stehen vielmehr für umfassende Änderungen aller ökonomischen Institutionen, die als „*Deregulierung, Liberalisierung und Reprivatisierung*“ bezeichnet werden können. Der Begriff der Institution umfaßt hierbei die Organisation des Wirtschaftssektors; darüber hinaus aber auch die Verteilung von Verfügungsrechten und soziale Normen, sowie Änderungen spezifizierter Mechanismen, die individuelles Handeln koordinieren.

Die ihre eigenen Interessen verfolgenden Individuen reagieren systematisch auf institutionelle Änderungen während des Reformprozesses, indem sie ihren durch die Reformen vergrößerten Handlungsspielraum nutzen, um in solche Koordinationsmechanismen individuellen Handelns auszuweichen, die maximierte individuelle Erträge erwarten lassen.

In einem autoritären System wie der VR China hängt institutioneller Wandel und die Billigung von Interessenvertretungen maßgeblich davon ab, inwieweit es sich für die politische Führung (KPCh) lohnt, auf die geäußerten Präferenzen der individuellen Akteure einzugehen oder mit repressiven Maßnahmen zu reagieren.

Die Änderung wirtschaftspolitischer Konzepte ist somit nicht nur das Resultat des Umdenkens in der Führung. Mit den Reformmaßnahmen einher ging die Entstehung neuer sozialer Schichten, lokaler Eliten und damit neuer Interessen-

gruppen. Privatisierungsprozesse, die Ökonomisierung der Politik, neue Wirtschaftsstrukturen, Nutzung von Markt- und Spekulationschancen, illegale, halblegale und schattenwirtschaftliche Tätigkeiten sowie starke Einkommensdifferenzierungen haben das Schichtengefüge verändert. Diese Entwicklung hat die Bildung von diversen Interessenvertretungen und Interessengruppen gefördert. Die genannten Veränderungen der lokalen Macht- und Sozialstrukturen durch Reformmaßnahmen könnten den Trend zu einem Wandel innerhalb der politischen Strukturen bestätigen. Die Veränderung besteht darin, daß neue Gesellschaftsgruppen mit hohem Ansehen aufgrund ökonomischer Zusammenhänge und nicht im Zuge politischer Prozesse Eingang in die Führungsschicht gefunden haben. Sie repräsentieren neue Werte, neue Statussymbole, neue politische und wirtschaftliche Interessen und Zielsetzungen, die den ursprünglichen Zielsetzungen und Intentionen der kommunistischen Partei zuwider laufen.

Beispielsweise verstärken auf dem Lande die wesentlich höheren Einkommen im Nicht-agrarsektor die Unterschiede bei den Einkommen und im Lebensstandard der Bevölkerung. Die zunehmende Stratifikation (Schichtung) hat nicht nur ökonomische, sondern auch soziale, politische und bewußtseinsmäßige Folgen. Der Markt hat neue Quellen für Macht geschaffen, auch wenn sich diese Macht zunächst nur ökonomisch äußert.

Nachfolgend wird ein Überblick über neu entstandene bzw. die Rangordnung verlagernde Gesellschaftsschichten gegeben (HEBERER, T., 1995, S. 29 und HEBERER, T.; TAUBMANN, W., 1997).

In den einzelnen Regionen existieren derzeit 13 Gesellschaftsschichten, geordnet nach den Faktoren politische und ökonomische Macht, Sozial- und Lokalprestige sowie Möglichkeiten der Einflußnahme auf politische und ökonomische Entscheidungen:

HOHER STATUS
(1) führende Partei- und Regierungskader (2) Manager größerer staatlicher Unternehmen (3) größere Privatunternehmer mit Finanzkraft bzw. wichtigen sozialen Beziehungen
MITTLERER STATUS (OBERES SEGMENT)
(4) sonstige Funktionäre (5) Wissenschaftler, Techniker und andere Personen mit hohem Bildungsgrad (6) sonstige größere Privatunternehmer (7) Manager kleinerer ländlicher Betriebe
MITTLERER STATUS (UNTERES SEGMENT)
(8) Angestellte in Kollektivunternehmen (9) private Kleinunternehmer
NIEDRIGER STATUS
(10) Vertragsarbeiter in Kollektivunternehmen (ohne Wanderarbeiter) (11) Beschäftigte in Privatunternehmen (12) Kleinbauern (13) Wanderarbeiter von außerhalb

Quellen: in Anlehnung an: HEBERER, T.: Zwischen Krise und Chance: Neue soziale Herausforderungen des ländlichen China, in: Länderbericht China, Bonn 1998, S. 394 und HEBERER, T.: Die stille Revolution von unten, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, Bonn 1995, S. 30 f.

Die gezeigten Vertreter der einzelnen Schichten sind nicht apodiktisch in den jeweiligen Statuskategorien festgelegt, sondern können sich im Zuge der Reformmaßnahmen verschieben. Das bedeutet einen Auf- oder Abstieg einzelner Gruppen in eine höhere bzw. niedrigere Statusgruppe. So könnte die Gruppe „private Kleinunternehmen“, die durch die Reformmaßnahmen weiterhin gefördert werden, in eine höhere Statusklasse dringen. Auch „sonstige größere Privatunternehmen“ könnten z.B. durch verstärkte Förderung von Kooperationsmöglichkeiten mit ausländischen Partnern profitieren und sich in die Gesellschaftsschicht mit dem höchsten Status qualifizieren. „Beschäftigte in Privatunternehmen“, die derzeit noch der niedrigsten Statusgruppe angehören, könnten ebenfalls

durch ausländische Partner profitieren und den Status wechseln – und somit den „Angestellten in Kollektivunternehmen“ der Statusgruppe „mittlerer Status, unteres Segment“ gleichkommen (s. Kapitel 2.2.4 „Verbände der Privatwirtschaft“). Durch den Prestigeverlust der Partei- und Regierungskader könnten diese langfristig aus der oberen Statusgruppe verdrängt werden (s. Kapitel 2.3 „Staat, Regierung und KPCh“).

Vor Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik in der VR China gab es nur einige wenige von der Partei installierte „Massenorganisationen“, wie den gesamtchinesischen Gewerkschaftsverband oder den kommunistischen Jugendverband. Die Privatisierung, Markterfordernisse und berufliche Differenzierungen haben neue Interessenvereinigungen entstehen lassen, auf die detaillierter in den einzelnen Abschnitten eingegangen wird.

Was die formellen (registrierten) Vereinigungen anbelangt, so soll es 1995 mehr als 1.800 nationale Verbände gegeben haben; darüber hinaus ca. 200.000 Verbandszweigstellen und andere Vereinigungen auf Provinz- und Kreisebene (HEILMANN, S., 1997A, S. 87). Weiterhin existieren ca. 1,46 Millionen bäuerliche Fachvereinigungen, davon 120.000 agrartechnische Vereinigungen mit ca. 4,5 Millionen Mitgliedern (Stand 1993) (HOWELL, J., 1994, S. 9).

Die rechtliche Grundlage und offizielle Einschränkung der Bildung von Interessengruppierungen sowie deren Aktivitäten stellt das *Vereinigungsgesetz von 1989* dar; in Kraft gesetzt, nachdem sich zahlreiche Vereinigungen an den Demonstrationen und Protesten im Jahre 1989 beteiligten. Es verlangt für die Anmeldung die Zwischenschaltung einer offiziellen „Bürgerschaftsinstitution“, wie z.B. einer Behörde, Partei oder eines Unternehmens, die für das Fehlverhalten einer Vereinigung zur Verantwortung gezogen werden kann (SHI Y. U.A., 1991, S. 243 f.). So findet eine mögliche Autonomie gegenüber staatlicher Kontrolle ihre Grenze darin, daß jede gesellschaftliche Vereinigung unter einer „Vormundschaftsinstitution“ registriert sein muß.

Mit dem *Gewerkschaftsgesetz von 1992* und dem *Arbeitsgesetz von 1994* wurde den Gewerkschaftsorganisationen offiziell das Recht zugestanden, die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber Betriebsleitungen und staatlichen Stellen aktiv und unabhängig zu vertreten.

Die Möglichkeiten, sich der politischen Bevormundung und Kontrolle zu entziehen, schwanken mit dem politischen Großklima. So wurde unmittelbar nach der Niederschlagung der Protestbewegung 1989 der autonome Bewegungsspielraum von Unternehmervereinigungen erheblich eingeschränkt. Sie nahmen eine besondere Rolle bzgl. der Durchsetzung von Reformmaßnahmen ein, da ihre Mitglieder primär der politischen und wirtschaftlichen 'Elite' Chinas angehören (s. Kapitel 2.2.3 „Nationale Unternehmerverbände“).

Zur Zeit sind Verbände nur in Ausnahmefällen in der Lage, ein Gegengewicht zu staatlicher Autorität zu bilden und die Grundlagen für ein von staatlicher Kontrolle unabhängiges gesellschaftliches Leben zu legen (HEILMANN, S., 1997A, S. 87).

Die Durchsetzung von Gruppeninteressen hat Auswirkungen auf das gesamte Gemeinwesen und die Reformmaßnahmen, da sich weitere Interessengruppen zur Verwirklichung ihrer Ziele veranlaßt sehen und um Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen bemüht sind. In der VR China, einer autoritären Gesellschaft, gibt es (noch) keine andere Möglichkeit zur Äußerung und Durchsetzung von Gruppeninteressen als über Verbände und Vereinigungen (HEBERER, T., 1995, S. 35). Personen mit kritischen Meinungsäußerungen werden nach wie vor verfolgt; politische Dissidenten verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt.

Es ist jedoch falsch, bei Interessenvereinigungen auf völlig unpolitische oder staatstragende Organisationen zu schließen. Der Name einer Organisation sagt nur wenig über ihren Einfluß aus.

Zu dieser Problematik seien einige Beispiele von Interessengruppierungen genannt, die nachhaltig auch den Reformprozeß beeinflussen (HEBERER, T., 1995, S. 34; HELLMANN, S., 1997A, S. 87).

Die „*Gesellschaft zur Erforschung der Arbeit des Volkskongresses*“ wird eingesetzt durch die Regierung und besetzt durch von ihr ernannte Wissenschaftler. Sie unterbreitet der Regierung Vorschläge zur funktionellen Stärkung dieser Institution, um durch Einbindung der Delegierten in das lokale Entwicklungsprogramm eine stärkere Aufgabenteilung und einen größeren Konsens zu erreichen. Dies stärkt die Rolle des Volkskongresses gegenüber Partei und Regierung und ist daher als eine wichtige politische Aufgabe zu werten.

Die „*Vereinigung für nationale Minderheiten*“ bemüht sich um Interessenvertretung der lokalen Angehörigen ethnischer Minoritäten und dient so über die staatliche Nationalitätenkommission hinaus als Interessenvereinigung. Sie greift Konfliktfälle – auch bezogen auf die Gleichberechtigung – im Zuge der Reformmaßnahmen auf, verhandelt mit Behörden, sucht Konfliktlösungen und publiziert ausgewählte Fälle in der Presse. So sind z.B. zugewanderte Straßenhändler in Beijing als „Interessenverband der Landsmannschaften“ organisiert. Solche Landsmannschaften beziehen oft gleiche Wohnquartiere und bilden auf diese Weise relativ geschlossene Migrantengemeinschaften (XIANMIN S., 1992, S. 37). (Daneben gibt es in diesem Tätigkeitsbereich vorwiegend die Han-Chinesen, die jedoch nichts mit den nationalen Minderheiten gemeinsam haben).

Die „*Studiengesellschaft für Disziplinkontrolle*“ untersucht Möglichkeiten der Eindämmung von Korruption in den städtischen Parteiorganisationen und macht Vorschläge, die u.a. die Einbeziehung der Öffentlichkeit und stärkere Unabhängigkeit der Medien hinsichtlich der Reformpolitik vorsieht.

Die „*Studiengesellschaft für Umweltwissenschaft*“ entwickelt Umweltschutzprogramme und meldet den lokalen Behörden Quellen der Umweltverschmutzung. Aus ostasiatischen und osteuropäischen Ländern hat man die Erkenntnis gewonnen, daß solche Vereinigungen den Grundstock für spätere autonome Umweltbewegungen bilden können.

Weiterhin gibt es *Industrie- und Unternehmervereinigungen, Wissenschaftler-, Rechtsanwälte- und Ingenieursvereinigungen, Verbraucherschutzverbände, verschiedenartige Stiftungen, Freizeitvereine und sonstige spezialisierte Organisationen*.

2.1 Gewerkschaften

Der wirtschaftliche und soziale Wandel der Reformperiode bringt auch für klassische, parteigelenkte „Massenorganisationen“ wie dem *Nationalen Gewerkschaftsbund* einen starken Wandlungsdruck mit sich. Die KPCh beharrte jahrzehntelang auf einer Interesseneinheit zwischen Arbeitern, Betriebsleitungen und Partei/Staat. Mit der Einführung vorher genannter Gesetze hat sich dieses Bild jedoch geändert.

Trotzdem ist der Gewerkschaft eine zwiespältige Position zuteil geworden. Sie soll sowohl die Interessen der Arbeiter vertreten als auch mit Betriebsleitungen und Staatsbehörden im Sinne einer raschen wirtschaftlicher Entwicklung kooperieren. Die Gewerkschaftsorganisation soll als „Brücke“ zwischen Partei und Arbeiterschaft dienen. Die Partei übt dabei weiterhin eine direkte Aufsicht über die Gewerkschaftsorganisation aus; Gewerkschaftsfunktionäre werden i.d.R. von Parteikomitees ernannt und abgesetzt. Aufgrund dieser politischen Kontrolle besitzt der Nationale Gewerkschaftsbund bis heute das Image einer Unterorganisation der KPCh.

Der Nationale Gewerkschaftsbund mit seinen Unterorganisationen besaß 1995 über 100 Mio. Mitglieder. So hat der Bund die Leitung und Aufsicht über regionale und lokale Gewerkschaftsbünde, wie z.B. ca. 30 Provinzorganisationen, 139 Bezirksorganisationen, 570 städtische Organisationen, 1.785 Kreisorganisationen und 669 Stadtbezirksorganisationen als auch über 16 nationale Industriegewerkschaften. Diese wiederum leiten ca. 1.000 regionale Industriegewerkschaften, die durch regionale und lokale Parteikomitees politisch kontrolliert werden. Basis-Gewerkschaftskomitees auf Betriebsebene (ca. 630.000 Organisationen), Gewerkschaftskomitees auf Werkhallen- und Abteilungsebene (ca. 707.000 Organisationen) sowie Gewerkschaftsgruppen auf Arbeitsteamebene (ca. 6.558.000 Organisationen) werden von Parteikomitees/Parteizellen auf Betriebsebene bzw. von Parteimitgliedern der KPCh politisch beeinflusst (HELLMANN, S., 1997B, S. 45 F.).

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad soll im Staatssektor mehr als 90% betragen. In den Privatunternehmen und ländlichen Industrieunternehmen hat sich der Organisationsgrad mit 0,1% im Jahre 1992 jedoch kaum etablieren können. Damit war nahezu die Hälfte der chinesischen Arbeiterschaft von der Vertretung durch die offizielle Gewerkschaft ausgeschlossen (UNGER, J.; CHAN A., 1995, S. 52).

Organisatorische Herausforderungen

Der Gewerkschaftsbund sieht sich infolge des wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs grundlegenden organisatorischen Herausforderungen gegenübergestellt:

- einem umfassenden Wandel des wirtschaftlichen und innerbetrieblichen Kontextes der Gewerkschaftstätigkeit;
- einer fortschreitenden Differenzierung und Segmentierung der Arbeiterschaft;
- einer wachsenden Unglaubwürdigkeit unter der eigenen Klientel; und
- einer Konkurrenz durch inoffizielle Arbeitervertretungen.

Mit den beginnenden Maßnahmen zur Umstrukturierung und der Tendenz zur Schließung unprofitabler Staatsunternehmen ist seit 1992 auch die traditionelle Macht des Gewerkschaftsbundes bedroht, da dieser einen weitgehend ineffizienten und unhaltbaren Sektor der Wirtschaft repräsentiert (WHITE, G. U.A., 1996, S. 55).

Ein weiterer Problembereich besteht in der *Segmentierung der Arbeiterschaft*, denen eine einzige Gewerkschaftsorganisation kaum gerecht werden kann. Dies bedeutet, daß die Interessen als heterogen einzuordnen sind, was die Entstehung von Splittergruppen der Arbeitervertretungen forciert. Diese können damit gezielter auf eine individuelle Interessendurchsetzung der Mitglieder eingehen.

Die Herausbildung mehrerer dissoziierter lokaler Arbeiterbewegungen ist zu beobachten. Arbeiter im bislang privilegierten, aber unter Marktbedingungen gefährdeten städtischen Staats- und Kollektivsektor haben mit den vielfach von Ausbeutung betroffenen Arbeitern im prosperierenden Privat- und ländlichen Kollektivsektor nur wenig gemeinsam (CHAN A., 1995, S. 36). Interessengegensätze innerhalb der Arbeiterschaft und die Entstehung von rivalisierenden Gewerkschaftsorganisationen erscheinen als unvermeidbare Konsequenz dieser Entwicklung, werden aber bisher politisch unterdrückt (PERRY, E., 1995, S. 325; HANDELSBLATT, 1998A, S. 3).

Der parteigelenkte Gewerkschaftsbund gerät in vielen Regionen und Unternehmen unter wachsenden Druck. Bestand bislang eine Zwangsmitgliedschaft, so wird beklagt, daß sich immer mehr Arbeiter weigern, beizutreten bzw. ihren Austritt erklären und daß der Widerstand, Beiträge zu zahlen, wächst. In einer wachsenden Zahl von Betrieben ist kaum noch eine Gewerkschaftsarbeit zu beobachten (HEBERER, T., 1998, S. 382). Die Belegschaften fordern eine offensive Vertretung von Arbeiterinteressen gegenüber Unternehmensleitungen und Regierung, während die Gewerkschaftsorganisation in den Augen der politischen Führung stets eine beschwichtigende Rolle in betriebsinternen Konflikten spielen soll. Viele Arbeiter sehen die offiziellen Gewerkschaftsorgane als Werkzeug der Betriebsleitungen und der lokalen Parteisekretäre an, nicht aber als wirkungsvolle Arbeitervertretung (HEILMANN, S., 1997B, S. 47).

Der Gewerkschaftsbund blieb lange Zeit eine periphere Organisation, die im Schatten der Partei kaum ein eigenes organisatorisches Profil gewinnen konnte.

Mit Beginn der 90er Jahre konnte die offizielle Gewerkschaft ihre Position in der wirtschafts-, unternehmens- und sozialpolitischen Willensbildung verbessern. Die Parteiführung gestand unter dem Druck der Arbeiterproteste 1989 dem Gewerkschaftsbund einen verbesserten Zugang zu politischen Entscheidungsgremien zu.

Die Arbeiterschaft sollte mit Rücksicht auf die soziale und politische Stabilität und Interessenwahrung stärker von den Folgen der Wirtschafts- und Unternehmensreformen wie folgt geschützt werden:

- die Gewerkschaftsfunktionäre erhielten in der unstrittenen Reform der Staatsindustrie, des Arbeitsrechts und des sozialen Sicherungssystems ein *Mitspracherecht*; und
- leitende Gewerkschaftsfunktionäre wurden in den 90er Jahren vermehrt in regionale und lokale Parteikomitees aufgenommen.

Tatsächlich ermöglicht der verbesserte Machtzugang gegenwärtig einen größeren politischen Einfluß. Der Nationale Gewerkschaftsbund konnte eine wichtige Rolle bei der Abfassung des neuen Arbeitsgesetzes spielen. Die Gewerkschaft erreichte wichtige Zugeständnisse bezogen auf die *Arbeitszeit, Mindestlohnregelungen und Fragen der sozialen Sicherheit* (WHITE, G. U.A., 1996, S. 51).

Die staatlichen Arbeitsbehörden sollen als Mittler und Schlichter zwischen Betriebsleitungen und Belegschaften dienen, wie es im Gewerkschaftsgesetz von 1992 und im Arbeitsgesetz von 1994 vorgesehen ist. Solche Verhandlungen stellen ein eher unbekanntes Tätigkeitsfeld für Gewerkschaftsorgane, Management und Arbeitsbehörden dar und werden noch längst nicht in allen Betrieben praktiziert. Dennoch wurde mit diesen Bestimmungen die Entstehung eines Systems der Interessenvermittlung angestoßen (ILO, 1995, S. 7).

Ein autoritäres, hierarchisches Grundmuster der innerbetrieblichen Beziehungen findet sich vor allem in Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Investoren, aber auch in chinesischen Privatbetrieben. Hier sind die Betriebsleitungen gewöhnlich nicht zu Verhandlungen mit Arbeitervertretern bereit, und es kommt immer wieder zu offenen Verletzungen der gesetzlich festgelegten Arbeitnehmerrechte. Gewerkschaftsaktivisten, die die Interessen von Arbeitnehmern gegenüber den oft selbstherrlichen Unternehmensleitern vertreten, werden mit Gehaltskürzungen oder durch Entlassungen zum Schweigen gebracht. In manchen Betrieben wird den Arbeitern verboten, der Gewerkschaftsorganisation beizutreten bzw. eine formale Arbeitervertretung zu gründen (HEILMANN, S., 1997B, S. 48).

Die vermehrten Kontakte des chinesischen Gewerkschaftsbundes zur *International Labour Organization (ILO)* und zu nationalen Gewerkschaftsorganisationen im Ausland scheinen die Diskussion über umfassende Erneuerungsschritte zu fördern. Eine Feldstudie aus dem Jahre 1995 spricht sogar von Anzeichen für einen „verdeckten Kampf“ einzelner Gewerkschaftsfunktionäre auf allen Ebenen um eine Neudefinition der Rolle der Gewerkschaften und um eine Stärkung ihrer Autonomie (WHITE, G. U.A., 1996, S. 63 FF.).

Aufgrund der seit 1989 verbesserten Einbindung in die politische Willensbildung bestehen starke institutionelle Interessen im Nationalen Gewerkschaftsbund, die enge Verbindung zur Partei beizubehalten. Diese Verbindung garantiert Zugang zur politischen Macht, ein Repräsentationsmonopol und staatlich gesicherte Privilegien für Gewerkschaftsfunktionäre. Eine durchgreifende Organisationsreform oder gar eine organisatorische Verselbständigung der offiziellen Gewerkschaft erscheint daher ohne umfassende Veränderungen im politischen System derzeit nicht wahrscheinlich. Die Trägheit der zentralen und regionalen Gewerkschaftsbürokratie scheint weitergehende Vorstöße zur Organisationsreform zu blockieren. Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich in dem ihr zugedachten „politischen Käfig“ komfortabel eingerichtet. Gewerkschaftsfunktionäre nehmen einen Status ein, der Regierungsbeamten gleichkommt. So ist das *Interesse an einer Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber der KPCh bisher nur begrenzt* (HEILMANN, S., 1997B, S. 49).

Allerdings lassen sich auf lokaler Ebene bereits heute zum Teil sehr unterschiedliche Rollen des Gewerkschaftsbundes feststellen. Dessen Status variiert zwischen nahezu vollständiger Unterordnung unter die KPCh und erfolgreichen Bemühungen um eine Ausweitung der gewerkschaftlichen Handlungsspielräume, etwa durch die Erschließung neuer Finanzquellen. Für die Glaubwürdigkeit und Reputation der offiziellen Gewerkschaft unter der Arbeiterschaft stellen die zusätzlichen Sozialleistungen, die eine lokale Gewerkschaft bieten kann, ein wichtiges Interessenkriterium dar (WHITE, G. U.A., 1996, S. 56 ff.).

2.2 Verbände

Seit Beginn der Wirtschaftsreformen ist eine Vielzahl neuer Verbände entstanden. Zum einen entstanden Verbände für die jeweiligen Unternehmens- und Eigentumsformen, d.h. für Kollektiv- oder Privatunternehmen. Zum anderen wurden Verbände gebildet, die in einem umfassenden Sinne ganze Branchen repräsentieren sollen. Dies bedeutet einen gewaltigen Aufschwung des Verbändewesens seit 1978, denn zuvor gab es nur wenige, von der Partei streng kontrollierte „Massenorganisationen“ (FISCHER, D., 1995, S. 304).

Es existieren ca. 1.800 national und 200.000 regional organisierte Verbände für die Organisationsbereiche Wissenschaft und Technik, Wirtschaft/Berufsstände, Dachverbände und sonstige Spezialisierungen. Dazu gehören Organisationsbereiche wie Kultur/Lehre/Ausbildung, Sport, Freundschaft mit dem Ausland, Stiftungen und religiöse Zusammenschlüsse (Stand 1995, offizielle Angaben), (HEILMANN, S., 1997B, S. 45 f.).

Die neue Vielfalt brachte aber nur begrenzt größere organisatorische Freiräume, denn auch die neuen Verbände unterliegen, ähnlich wie die Gewerkschaften, staatlichen Kontrollen und Vorschriften. Wie erwähnt, wurden Vormundchaftsinstitutionen zwischengeschaltet, unbequeme Vereinigungen herausgefil-

tert und für jede Interessengruppe nur ein einziger Verband zugelassen (ZHANG Y., 1995, S. 99).

Formal gelten die meisten Verbände als „gesellschaftliche Vereinigungen“. De facto aber weisen gerade die politisch und wirtschaftlich bedeutendsten eine ausgeprägte personelle und finanzielle Verflechtung mit staatlichen Instanzen auf. *Chinesische Verbände sind von einer echten Interessenvertretung ihrer Mitglieder gegenüber staatlichen Stellen noch weit entfernt. Sie können bisher kein Gegengewicht zu staatlicher Autorität bilden. Verbände unterliegen der Aufsicht einer Vielzahl staatlicher Institutionen. Damit vervielfältigen sich die Interessen, die in das Verbändewesen eingehen, ohne daß die Autorität der KPCh offen herausgefordert wird.*

Zu dieser Diskussion äußerte sich Li Peng: *„Organisationen, die gegen die Verfassung und die Grundsätze der chinesischen Politik verstoßen, gegen die sozialistische Marktwirtschaft und gegen die nationale Einheit sind, politische Unabhängigkeit und ein Mehrparteiensystem fordern oder gar die Führung der KPCh in Frage stellen, werden nicht geduldet.“* (HANDELSBLATT, 1998A, S. 3).

2.2.1 Branchen- und Unternehmensverbände im Staatssektor

Bei der Gründung neuer Unternehmensverbände im Staatssektor wurden einige Branchenministerien in sogenannte „Hauptverbände“ bzw. „Hauptgesellschaften“ umgewandelt. Es existiert heute z.B. anstelle des „Ministeriums für Erdöl und Erdgas“ eine „Hauptgesellschaft für Erdöl und Erdgas“, anstelle eines „Ministeriums für Leichtindustrie“ ein „Hauptverband der Leichtindustrie“ und anstelle eines „Ministeriums für Textilindustrie“ ein „Hauptverband für die Textilindustrie“. Weiterhin gibt es *Hauptgesellschaften* jeweils für die *Rüstungsindustrie*, die *Nuklearindustrie*, *Schiffbauindustrie* und die *Luftfahrtindustrie* (Stand 1995, offizielle Angaben), (UNGER, J.; CHAN A., 1995, S. 43).

Grund der Reorganisation war die Erkenntnis der Regierung, daß die Kompetenzen der Fachministerien für Verwaltung und Bewirtschaftung der großen Staatsunternehmen die wirtschaftliche Entwicklung und Reformierung des Staatssektors behinderten. Die Trennung von Staatsverwaltung und staatlichen Unternehmen wurde als entscheidender Faktor für die Realisation größerer unternehmerischer Spielräume in den Staatsbetrieben angesehen, wie sie in den Reformen vorgesehen waren. Die Staatsunternehmen sollten von der sozialistischen Kommandowirtschaft befreit werden in Verbindung mit der Übertragung einer größeren Verantwortung. Die direkte Kontrolle des Staates sollte in eine indirekte Beziehung zwischen Staat und Unternehmen umgewandelt werden.

Die Verbände haben hinsichtlich der Reformpolitik grundlegende Maßnahmen durchgeführt. Die Erstellung von Jahresplänen für Produktion, Investitionsbauten und technische Erneuerungen ist überholt. Die Verwaltung der Finanzen wird den Unternehmen selbst überlassen. Die Einstellung von Arbeitern und die

Lohnverteilung wurde auf die Mitgliedsunternehmen übertragen. Das Führungspersonal kann entlassen werden und soll nicht lebenslangen Kaderstatus besitzen.

Ziel ist die Stärkung der Dienstleistungsfunktion für die Unternehmen, wie z.B. die Erstellung von Marktprognosen und Statistiken, Branchenberatung, Ausarbeitung technischer und wirtschaftlicher Standards sowie Forschung und Entwicklung.

Einige ganz entscheidende Funktionen bleiben weiterhin in den Händen des Verbandes: der Entwurf von rechtlichen Bestimmungen für die Branche und die Vollmacht zur Durchsetzung und Kontrolle dieser Vorschriften. Mit Hilfe ökonomischer Hebel wie Preisen und Steuersätzen sollen die Verbände Einfluß auf die Branchenstruktur nehmen. Außerdem sind sie für die Zuteilung von Rohstoffen zuständig.

Finanziell sind die Verbände noch stark abhängig vom Staat. Die früher den Ministerien zugeteilten Geldmittel und Devisen fließen heute direkt an die Hauptverbände.

Die Unternehmen sollen in diesem System zwar nicht mehr direkt von der Zentralregierung gesteuert werden. Der Einfluß des Staates auf die Hauptverbände verringert jedoch den beabsichtigten Autonomiegewinn für die Unternehmen.

Eine Interessenvertretung für die Mitglieder gegenüber dem Staat ist in diesem Konzept nicht vorgesehen; es ist jedoch nicht auszuschließen, daß die Verbände mittelfristig eine Vertretung ihrer Mitglieder gegenüber dem Staat anstreben könnten (HELLWEGE, C., 1997, S. 52).

2.2.2 Nationale Branchenverbände

Neben den umgewandelten Branchenministerien sind im Zuge der Reformmaßnahmen diverse nationale Branchenverbände entstanden; 1994 existierten 260 Verbände. Es gibt z.B. *nationale Verbände für den Bergbau*, die *Bau- und Automobilindustrie* und das *Versicherungswesen*.

Offiziell gelten solche Branchenverbände als nicht-staatlich. Das ist i.d.R. jedoch nicht der Fall. Die Branchenverbände werden vom Staat bewußt gefördert, da der Staat sich davon eine effiziente indirekte Marktsteuerung ohne direkten administrativen Zugriff verspricht (wie auch bei den Hauptverbänden). So sind sie eng mit der Regierung verflochten; das Führungspersonal der Verbände wird von diesen bestellt. *Die Autonomie vom Staat ist deshalb bisher als gering einzuschätzen* (FISCHER, D., 1995, S. 304).

Die Aufgaben lauten wie folgt:

- Branchenforschung;
- Bereitstellung von Informationen von Branchenstrategien;
- Hilfe bei der Erstellung von Branchenstrategien;
- Festlegung technischer Standards;
- Förderung technischer Entwicklung innerhalb der Branche;

- Abstimmung der Preise branchenrelevanter Produkte;
- Weiterbildung, Information und Koordination der Mitglieder; und
- andere, von der Regierung übertragene Aufgaben.

Ein Beispiel für die Interessendarstellung ist der *Verband für Bauindustrie*, der 1985 gegründet wurde, um den wachsenden Bausektor zu regulieren. Seit die Zuweisungen an Baumaterial eingeschränkt wurde und die Firmen sich ihren Bedarf über den Markt beschaffen können, nutzt der Verband diese Umstände, um sich stärker für die Interessen seiner Mitglieder einzusetzen. So setzte er erfolgreich festgelegte Mindestpreise zur Beendigung des Preiskampfes und Schutzmaßnahmen gegen Konkurrenzfirmen aus anderen Gebieten durch (HELLWEGE, C., 1997, S. 53).

2.2.3 Nationale Unternehmervverbände

Die wichtigsten nationalen Verbände für Unternehmer im Staatssektor sind die verschiedenen „*Verbände für Unternehmensführung*“ und der „*Verband der chinesischen Unternehmensdirektoren*“.

So sind beispielsweise ein *Verband für Unternehmensführung*, für das *Eisenbahnwesen*, für den *Kohlebergbau*, für die *Wasser- und Energiewirtschaft*, für die *Post und Telekommunikation*, für das *Versicherungswesen* und für die *Erdölindustrie* vorhanden.

Diese Verbände spielen eine besondere Rolle bei der Durchsetzung von Reformmaßnahmen, da ihre Mitglieder der politischen und wirtschaftlichen 'Elite' Chinas angehören. Mindestens neun von zehn Direktoren der staatlichen Unternehmen sind Stichproben zufolge Mitglied der KPCh; ca. 80% von ihnen erhielten ihre Position direkt von Partei- und Staatsorganen, trotz teilweiser fachlicher Inkompetenz. Diese sogenannten „*Roten Direktoren*“ sind eine der einflußreichsten Lobby-Gruppen im politischen System der VR China. Anstelle des produktionsbezogenen quantitativen Outputs gelten vor allem deren „ideologisch richtiger Einsatz“ und die Fähigkeit, den „Enthusiasmus der Massen“ zu wecken, als Leistungen, die belohnt werden (KRUG, B., 1993, S. 200). Gesellschaftlich stehen die beiden Verbände mit ihren „Roten Direktoren“ Feldstudien zufolge in einem hohen Ansehen und gelten als sehr durchsetzungsfähig. Dies ist auch auf die gute Ausbildung, entsprechende Netzwerkverbindungen und Erfahrungen der Mitglieder im Bereich Wirtschaft und Politik zurückzuführen (HELLWEGE, C., 1997, S. 53).

Die Verbände besitzen ein eigenes Ausbildungszentrum, ein Zentrum für Unternehmensberatung und eine eigene Forschungseinrichtung. Mit Hilfe eines landesweiten Computernetzes bieten sie einen Informationsaustausch für Großunternehmen an. Eine gute Ausbildung ist aufgrund dieser Einrichtungen gegeben. Finanziert werden diese Aktivitäten vorwiegend von der Zentralregierung.

So wurden beide Verbände von der Regierung bei Fragen zu Unternehmensreformen, zum Konkursgesetz und bei der Regulierung des Aktienmarktes konsultiert. Der Verband der Unternehmensdirektoren vertrat während der Vorbereitung des Arbeitsgesetzes 1994 die Arbeitgeberseite. Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft, Direktorenverband und Arbeitsministerium waren auf Initiative der *International Labour Organization (ILO)* zustande gekommen, und verhalfen dem Verband der Unternehmensdirektoren zu einer besonderen politischen Rolle. Die Unternehmerseite stemmte sich bei den Verhandlungen gegen kürzere Arbeitszeiten und weniger Überstunden der Arbeiter (UNGER, J.; CHAN A., 1995, S. 44).

2.2.4 Verbände der Privatwirtschaft

Die private Wirtschaft nimmt einen besonderen Status innerhalb des Wirtschaftssystems ein, da sie erst mit Beginn der Reformen entstand und unabhängiger als der Staatssektor ist. Ursache des Privatisierungsprozesses war der primär in den ländlichen Regionen wachsende Beschäftigungsdruck und die Verarmung der Bevölkerung. Die Führung der KPCh einigte sich zuerst darauf, daß die Duldung von Privatwirtschaft in begrenztem Umfang, die sogenannte „Ergänzung zur sozialistischen Wirtschaft“, ein Teil der „sozialistischen Marktwirtschaft“ werden sollte. Der bisherige „Ergänzungsfaktor“ Privatwirtschaft entwickelt sich zu einem tragenden Element der Volkswirtschaft. Von Vorteil ist dabei, daß dieser nicht staatlich subventioniert werden muß (wie ein Großteil der maroden Staatsbetriebe) sondern im Gegenteil für den Staat einen wachsenden Einnahmefaktor durch Steuern und Abgaben darstellt, was die Existenz und Duldung mehr als rechtfertigt. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, verankerte der Volkskongress den Privatsektor als „wichtigen Bestandteil der sozialistischen Wirtschaft“ in der Verfassung (HANDELSBLATT, 1999, S. 9).

Der wichtigsten Verbände für die Privatwirtschaft sind der „*Bund für Industrie und Handel*“ neben dem „*Verband für Kleingewerbetreibende*“ und dem „*Verband für größere Privatunternehmen*“.

Die entstandenen privaten Betriebe sollen nicht unbeaufsichtigt bleiben. Vielmehr strebt die Regierung an, ein Netz von Verbänden über die vielen kleinen Betriebe zu legen, die staatlicherseits schwer kontrollierbar sind. Die errichteten Verbände weisen einen Doppelcharakter auf; einerseits sollen sie *die Mitglieder kontrollieren*, andererseits *Dienstleistungen für sie anbieten*.

Der *Verband für Kleingewerbetreibende* (Straßenhändler, Restaurant- und Ladenbetreiber, Werkstättenbesitzer) wurde 1986 unter Beteiligung hoher Funktionäre aus Partei und Regierung gegründet und ist der zahlenmäßig stärkste Unternehmerverband des Landes mit ca. 26,5 Mio. zahlenden Mitgliedern im Jahre 1993. Er wurde also nicht von den Privatwirtschaftlichen selbst, sondern von staatlicher Seite gegründet, wobei die Mitgliedschaft Pflicht ist.

Die Behörde stellt die leitenden Funktionäre auf hohen Ebenen. Lediglich auf Gemeindeebene sind die Verantwortungsträger häufiger ehrenamtlich tätige Privatunternehmer. *Der Verband ist daher weit davon entfernt, eine autonome Interessenvertretung zu sein.* Er soll die Regierung über die politischen Ansichten der Mitglieder und ihre wirtschaftliche Situation informieren und hat damit eine klare Vermittlerfunktion zwischen Staat und Privatwirtschaft. Zu den Aufgaben und Leistungen gehören Beratung, Marktforschung, Information, Anleitung in Produktion und Geschäftsführung sowie Konfliktvermittlung zwischen Konkurrenten.

Die wirtschaftlich unabhängigen Privatunternehmer werden durch diesen Verband in das Aufsichtssystem eingebunden. So können ihre Aktivitäten, wenn nicht gesteuert, so doch zumindest überwacht werden. Im Rahmen zweier 1993 und 1994 durchgeführten Feldstudien konnte nur wenig Einsatz der Organisation für die Mitglieder erkannt werden. Alle Verbandsangestellten wurden zudem direkt von der Behörde entlohnt.

Für die größeren privaten Unternehmen mit mehr als acht Angestellten existiert eine *Verbandsorganisation für Privatunternehmen*. Der Beitritt erfolgt bei Geschäftsanmeldung automatisch. Der Bedeutung des aufstrebenden Privatsektors zum Trotz ist der Stellenwert dieses Verbandes geringer als der der Klein- und gewerbetreibenden (SCHÖNLEBER, H., 1994, S. 9; NEVITT, C., 1996, S. 26).

Gemäß einer weiteren Feldstudie aus dem Jahre 1990 handeln die größeren Privatunternehmer offensichtlich nicht als homogene Einheit, sondern besitzen je nach Firmengröße und persönlichem Hintergrund heterogene Interessen und Ziele. Privatwirtschaft neigt, vor allem im Frühstadium der Entstehung, zu Individualisierung und Zersplitterung. Besonders die größeren privaten Unternehmer bevorzugen eine individuelle Interessenvertretung und streben daher eher „vertikale Allianzen“ mit der Bürokratie an. Korruption ist für diese Unternehmer kein Ärgernis, sondern gehört zum normalen Geschäftsleben. Sie sind in den Beziehungsnetzwerken aktiv und haben deshalb ein Interesse an der Erhaltung des Systems, dessen Teil sie sind. Einen Verband brauchen sie als Interessenvertretung nicht (WANK, D., 1990, S. 66 f.).

Dennoch ist bei beiden o.g. Verbänden eine Tendenz zur Öffnung gegenüber den Mitgliederinteressen zu beobachten. Die Verbandsfunktionäre haben z.T. offenbar ein Defizit ihrer Glaubwürdigkeit gegenüber den Mitgliedern erkannt. Aufgaben wie Rechtsberatung, praktische Hilfe bei der Beschaffung von Grundstücken, bei Kreditaufnahmen oder auch soziale Tätigkeiten wie Kindergärten-einrichtungen scheinen allmählich an Bedeutung zu gewinnen.

Die große Mehrheit der Privatwirtschaftlichen befürwortet den 1993 und 1994 durchgeführten empirischen Untersuchungen zufolge die Bildung einer unabhängigen Interessenvertretung, da sie die bestehenden Organisationen nicht als wirkungsvoll ansehen. Der Druck auf die Verbandsfunktionäre ist daher groß (NEVITT, C., 1996, S. 26; SCHÖNLEBER, H., 1994, S. 11). Dies steht im Wider-

spruch zu den Ergebnissen der Studie von 1990, was jedoch auf regionale divergierende Ursachen zurückzuführen sein könnte.

Eine Vereinigung, der es offenbar besser gelungen ist, sich für die Interessen ihrer Mitglieder stark zu machen, ist der *Bund für Industrie und Handel (BIH)*. Der Bund definiert seine Aufgaben in Anlehnung an die Tätigkeiten westlicher Industrie- und Handelskammern, weshalb sich die Verbandsstellen auch „Chamber of Commerce“ nennen.

Die Mitgliedschaft für Unternehmen ist freiwillig; Dienstleistungen umfassen:

- Beratungsdienste (z.B. Rechtsbeistand, Bemühung um Kredite);
- Unterstützung beim Aufbau von Geschäftsbeziehungen im Ausland;
- Schlichtung bei Handelsstreitigkeiten;
- gesellschaftliche Veranstaltungen; und
- soziale Fürsorge.

Der BIH gehört zu den Verbänden, die sich um eine echte Interessenvertretung ihrer Mitglieder gegenüber dem Staat bemühen. Zwar wird der größte Teil des Führungspersonals von der Partei bestimmt, jedoch hat diese lokal auch einige Privatunternehmer in die Führungsetagen aufsteigen lassen (NEVITT, C., 1996, S. 33 ff.). Dies zeigt, wie schwierig es ist, die tatsächliche Autonomie des BIH (wie auch anderer Verbände) genau zu bestimmen. Soziologischen Untersuchungen zufolge seien über 90% der ländlichen Unternehmer in einem Bezirk im Verband der Individualwirtschaftenden, im BIH oder in Branchenverbänden organisiert (1991). Trotz formalrechtlicher Gleichstellung soll der Privatsektor mit seinen Verbänden von den lokalen Behörden diskriminiert und seine kontinuierliche Entwicklung behindert werden (HEBERER, T., 1998, S. 392).

2.3 Staat, Regierung und Kommunistische Partei Chinas

Zwei Argumente bzgl. der Reformmaßnahmen gehen in die Interessen- und Nutzenfunktion der chinesischen Regierung ein:

- ein programmatisches Zielbündel; und
- ein individuelles Interesse bzw. Nutzenstreben der Regierungsmitglieder (Macht, Prestige, monetäres und nicht-monetäres Einkommen).

Bei der Verfolgung ihrer Eigeninteressen unterliegt die Regierung zwei Beschränkungen:

- einer ökonomischen Beschränkung, die ihre Möglichkeit begrenzt, ausgabenwirksame Maßnahmen durchzusetzen (Budgetrestriktion); und
- einer politischen „Überlebens“-Beschränkung.

Beide sind nicht unabhängig voneinander, insbesondere dann, wenn die Klientel der Regierung, d.h. die Partei, ihre Unterstützung von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung oder von der Verteilung von Renten durch die Regierung abhängig macht. Um ihre Popularität zu sichern, muß die chinesische Regierung mit oppositionellen Gruppen „verhandeln“. Sie kann deren Unterstützung nur gewinnen, wenn sie deren politische Interessen im Regierungsprogramm berücksichtigt. Je mehr Forderungen eine Regierung akzeptieren muß, desto geringer ist jedoch deren Entscheidungs- und Handlungsspielraum.

Die chinesische Regierung zählt die Sanierung der Staatswirtschaft sowie die Modernisierung der Staatsbetriebe zu ihren wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielen und hat zur Zielerreichung bestimmte Planvorhaben entworfen und verabschiedet. Diese beinhalten auch die in letzter Zeit von chinesischer Seite gewünschte und geförderte Privatisierung bestehender Staatsunternehmen. Die von Staatsseite gesetzten Interessenschwerpunkte für solche Umwandlungen liegen im Erhalt der Unternehmen, um einerseits Massenentlassungen zu vermeiden und Arbeitsplätze zu sichern. Dies trägt folglich zur Sicherung des ‘sozialen Friedens’ bei. Andererseits tragen die Unternehmen zum Steueraufkommen bei, was zu einer langfristigen Vermehrung des Staatsvermögens führt (DEG U.A., 1996B, S. 13; HANDELSBLATT, 1998B, S. 10).

Bei der industriellen Entwicklung mit gleichzeitig einhergehenden sozialen und kulturellen Veränderungen hat die VR China die Verbreitung und positive Darstellung des Sozialismus als Richtziel vorgegeben. Das führte bereits Anfang 1996 zu intensiveren Kontrollen auf den Informationsfluß in das Inland durch die Regierung. Zentralisierung und Steuerung der öffentlichen Meinung werden stärker als bisher im Vordergrund stehen. Integrität und moralische Werte sollen zudem verstärkt in der Bildungsarbeit gefördert werden.

Allgemein soll an der alleinigen Führungsrolle der KPCh festgehalten werden. Innerhalb der politischen Führung wird dies nicht zuletzt als Mittel gesehen, die öffentliche Korruption Chinas zu bekämpfen. Verstärkte Überwachung soll innerhalb des Apparates erfolgen (DEG U.A., 1996A, S. 10). Eine politische Öffnung ist von der Führung der KPCh nicht zu erwarten. Sie ist angesichts der Entwicklung in Rußland noch vorsichtiger geworden und denkt nicht daran, ihr Machtmonopol aufzugeben. Politische Gruppierungen, die der Partei mit ihren Zielen und Inhalten zuwider laufen, werden auch künftig nicht geduldet (HANDELSBLATT, 1998A, S. 3).

Eine deutliche Interessenverlagerung- bzw. Überschneidung von Parteitätigkeit hin zu wirtschaftlich orientierter Tätigkeit ist, besonders in den ländlichen Regionen, zu beobachten. *Ländliche Kader* teilen sich in verbeamtete Staatskader, die vom Staat Gehälter und Sozialleistungen erhalten, in leitende Dorfkader mit festen Gehältern, die ganz oder teilweise von der Produktion freigestellt wurden, und in einfache Dorfkader mit geringen Zuschüssen.

Trotz regionaler Unterschiede läßt sich feststellen, daß auf der Kreis- und Gemeindeebene die politische Führung nach wie vor wichtigster Machtfaktor ist,

auch wenn sie nicht mehr alle lokalen Ressourcen und Aktivitäten kontrolliert. Allerdings wird das Prestige dieser Gruppe immer stärker an den Erfolgen bei der Entwicklung der Wirtschaft und der Erhöhung des lokalen Lebensstandards gemessen. So bleibt in der Prestigeskala der ländlichen Bevölkerung die politische Elite der „Wissenselite“ (Personen mit höherer Bildung, Managern staatlicher Unternehmen und Eigentümern größerer Privatbetriebe) nachgeordnet.

Markt und Privatwirtschaft haben zu einer „Ökonomisierung der Politik“ geführt. Im Mittelpunkt der heutigen Parteitätigkeit steht die Wirtschaft. Entsprechend wurde nicht nur die Unterweisung in Marktwirtschaft zum Ausbildungsziel der Parteischulen erklärt. Darüber hinaus schrieb das Parteiorgan Volkszeitung, nur wer ein guter Unternehmer sei, könne auch ein guter Parteikader sein. Um die aufgeblähte Bürokratie abzubauen, werden Funktionäre auf dem Land seit einigen Jahren aufgerufen, sich als Manager oder Privatunternehmer zu betätigen. Immer mehr Kader wandern in die Wirtschaft ab (vornehmlich die Fähigsten), da die Einkommen dort beträchtlich höher als in der Verwaltung liegen (HEBERER, T., 1995, S. 28 f.).

Der wachsende Anteil von Parteimitgliedern an der Privatunternehmerschaft und der Versuch, die Unternehmer in Parteiaktivitäten einzubinden, werden die ideologische und organisatorische „Aushöhlung“ im Sinne einer Schwächung der Partei beschleunigen, weil hier eine Gruppe mit ökonomischer Interessenausrichtung und monetärem Machtpotential entscheidenden Einfluß auf die künftige Politikgestaltung nehmen wird. Nicht umsonst hat ein Papier der KPCh im Jahre 1994 darauf hingewiesen, daß der „Kauf“ politischer Ämter, von Wählerstimmen und von Funktionären durch Privatunternehmen in den ländlichen Regionen immer ernstere Formen annimmt, wobei sich diese Phänomene bereits in die Städte auszubreiten beginnen (LI YUSHA, 1994, S. 4 f.). Verwaltungs- und Parteikader nehmen entscheidenden Einfluß darauf, welcher Unternehmer günstige Kredite erhält, wem Grundstücke oder Gebäude zur Nutzung überlassen werden und wer günstige Verträge abschließen darf (HEILMANN, S., 1998, S. 196).

Auch die *dörflichen Parteifunktionäre* verfügen über gute Verbindungen zur übergeordneten Bürokratie, die ihnen einerseits günstige Versorgungs- und Absatzkanäle ermöglichen sowie andererseits erlauben, als Vermittler zwischen Bürokratie und den Dörflern aufzutreten. Von daher ist es nicht überraschend, daß ehemalige Parteifunktionäre oder Personen mit verwandtschaftlichen Verbindungen zu höheren ländlichen Kadern einen wichtigen Teil der größeren bzw. mächtigeren Privatunternehmen stellen. Solche Verbindungen werden teils über Heiratspolitik (Ehen zwischen Angehörigen von Privatunternehmern und Funktionären) hergestellt oder existieren bereits über Clanzugehörigkeit. Privatunternehmer ohne wirtschaftliche Anbindung sind von dieser Entwicklung benachteiligt.

Es sind also keineswegs immer Parteivorsitzende und Bürgermeister, die das höchste Ansehen und den größten Einfluß besitzen. Vielmehr sind erfolgreiche Unternehmer und Landwirte oder Personen mit überregionalen Funktionen und

Kontakten von der Gemeinschaft anerkannte Prestigeträger – von den Clanvorstehern einmal abgesehen (HEBERER, T., 1995, S. 31).

Bedeutete Anfang der 80er Jahre ein Einkommen aus Verwaltungs- und Parteitätigkeit ein überdurchschnittlich hohes Einkommen, so ist heute das Gegenteil der Fall. Dazu kommen wachsende Anforderungen, die mit den Reformmaßnahmen einhergehen. Es sind nicht mehr ausschließlich planwirtschaftliche Anordnungen hierarchisch zu delegieren, es ist nicht mehr rein für die Erfüllung von Normen zu sorgen und es bleibt in den Dörfern nicht mehr bei der Schlichtung von Familien- und Nachbarschaftsstreitigkeiten. Gefragt sind heute die erfolgreiche Errichtung und Verwaltung von Betrieben, die Akquirierung von Finanzmitteln im Interesse der Gemeinden und Dörfer sowie die Lösung von Materialbeschaffungs-, Produktions- und Absatzproblemen (RENMIN RIBAO, 1993).

Primäre Ursachen für die Abwanderung von Parteikadern sind folgende (LI XUEYI, 1991, S. 192):

- niedrige Einkommen;
- zunehmender Druck von seiten der höheren Verwaltungsorgane (ideologischer Druck); und
- Druck von seiten der bäuerlichen Bevölkerung (Gewalttätigkeit und Racheakte von Bauern, die sich durch die Funktionäre immer weniger vertreten fühlen bzw. deren Agieren zunehmenden Widerstand entgegengesetzt).

Es gehört zur Normalität, daß viele Parteikader rechtzeitig ihre Karrierelaufbahn geändert und von der Politik in die Wirtschaft wechselten. Viele der früheren Parteisekretäre tragen heute die Titel „Generalmanager“ oder „Vorstandsvorsitzender“ (GU X., 1995, S. 43). Andererseits entwickelten große Teile der chinesischen Funktionärsschicht aufgrund der mit den Wirtschaftsreformen verbundenen Chancen zur privaten Bereicherung (unter Einschluß von Verwandten, Freunden und Protegés) ein starkes Eigeninteresse an der schnellen Fortführung der Reformen (HEBERER, T., 1998, S. 188).

Es darf nicht darauf geschlossen werden, daß Verbände und Vereinigungen nur die Interessen von Partei und Staat vertreten. In einer Gesellschaft, in der die unabhängige Existenz von Parallelstrukturen nicht erlaubt ist, sind Interessenvertretung und Teilnahme an Verhandlungsprozessen zwischen Staat und Interessengruppen ohne solche Verwebungen nicht möglich. Die chinesische Gesellschaft bedarf einer solchen Verflechtung, weil zum einen nur so ein gewisses Maß an Partizipation gesellschaftlicher Gruppen ermöglicht wird. Mit Partizipation ist gemeint, daß die Interessengruppen in politische Diskussionsprozesse eingebunden werden und damit zumindest indirekt an Entscheidungen beteiligt sind. Zum anderen können Vereine auch über die ihr vorgeordnete Bürgerschaftsorganisation Einfluß auf die Politik nehmen.

Interessenvertretungen werden in diesem autoritären System erlaubt, solange diese nicht *offen* politische Interessen vertreten. Nicht politische Betätigung i.S.

der Verfolgung eines politischen Programms oder offener politischer Ziele ist hier Aktionsfeld von Interessengruppen, sondern die Einbringung von Interessen und Zielsetzungen in den Verhandlungsprozeß mit dem Staat. Nicht die „Pressure-Group“ wird angestrebt, sondern ein Verband, der über Beziehungen und Netzwerke, formell und informell (guanxi), sowie durch Verhandlungen und Konsens Einfluß nimmt und auf diese Weise – traditioneller politischer Kultur entsprechend – für die Umsetzung von Interessen sorgt. In diesem Sinne ist die Übermittlung von Anliegen (auch ökonomischer und sozialer Natur) politisch geprägt (HEBERER, T., 1995, S. 34 F.).

Die Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion und in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern hat gezeigt, daß sich in Phasen politischen Umbruchs über Interessenvereinigungen rasch alternative Strukturen herausbilden können. Diese können sich zu Parteien oder Proto-Parteien entwickeln oder als Einzelgruppen lokale Einflußsphären besetzen, die von der kommunistischen Partei nicht mehr ausfüllbar sind. Selbst Parteiorganisationen wenden sich dann gegen die Partei, um sich als Alternative gegenüber diesen Interessenvereinigungen anzubieten und das Vertrauen der Bevölkerung zurückzugewinnen (TOLZ, V., 1989, S. 4).

„Einer Regierungspartei, deren pragmatisch orientierte Führungsspitze nicht mehr ausschließlich politisch-ideologisch legitimiert ist, bleibt nichts anderes übrig, als durch Entwicklung von Wohlstand und Hervorbringung von Leistungen die eigene Führungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und damit die Führungsrolle zu sichern.“ (GU X., 1995, S. 39).

2.4 Unternehmen

2.4.1 Private Unternehmen

Manager und größere Privatunternehmen nehmen aufgrund ihrer Einkommen, ihrer unternehmerischen Fähigkeiten und ihres ökonomischen Gestaltungswillens zunehmend eine Vorbildfunktion ein. Zwar gilt dies abgeschwächt für die letzteren, weil durch sie am offenkundigsten das weitgehend egalitäre und auf traditionellen Statussymbolen beruhende Interessengefüge durchbrochen wird. Ferner sieht die lokale Bürokratie in ihnen zum Teil „ausbeuterische“ Elemente, die sich auf Kosten des Gemeinwohles bereichern. Durch Leistungen, Zuwendungen und Spenden an Bedürftige, an die lokale Gemeinschaft, an Funktionäre und Organisationen versuchen Privatunternehmer jedoch, ihr Image aufzubessern und sich unentbehrlich zu machen.

Innerhalb der chinesischen Privatunternehmerschaft reicht das Spektrum von kleinen Familienbetrieben mit geringen Einkommen bis zu Mittel- und Großbetrieben sowie Multimillionären. Relativ neu in dieser Struktur sind die sogenannten „Town-Village Companies“ (TVCs), die sich vorwiegend in Dörfern und

Kleinstädten angesiedelt haben und dort aufgrund der niedrigen Arbeitslöhne produzieren (Aussage von LI JUNJIANG, 1999).

Es ist allerdings noch zu früh, von Klassen zu sprechen. Zwar weisen die einzelnen Schichten gemeinsame Merkmale auf, was Eigentum, Kontrolle über gesellschaftliche Ressourcen und Einkommen anbelangt, aber die Schichtung befindet sich noch in einem Stadium der Fluktuation und Entwicklung (HEBERER, T., 1995, S. 30). Dies gilt folglich auch für die Herausbildung von interessen-gruppenkonformen Vertretungen in dieser Schicht (s. auch Kapitel 2.2 Verbände).

Durch die Reform- und Liberalisierungsmaßnahmen der Regierung sind die chinesischen Betriebe offiziell motiviert worden, die Beteiligung eines ausländischen Partners anzunehmen.

Die Motive und Interessen stellen sich dabei wie folgt dar (DEG U.A., 1996, S. 13):

- Effizienzschübe durch westliches Management;
- Gewinnung von Betreiber-Know-How für importierte maschinelle Anlagen (in vielen Fällen wurden von chinesischen Betrieben Anlagen erstanden, nicht jedoch eine entsprechend der modernen Technologie effiziente Handhabung und eine kapazitätsauslastende Inbetriebnahme sichergestellt);
- Zugang zu den Weltmärkten (Realisation von Exporten und langfristigen Geschäftsverbindungen); und
- Modernisierung des Unternehmens sowie Optimierung der bestehenden Produktpalette (da die Produktionsanlagen der meisten chinesischen Staatsbetriebe veraltet und auch unter technischen Gesichtspunkten nicht wettbewerbsfähig sind, werden mit der Übernahmetransaktion ebenfalls Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen verbunden).

Die neuen Eliten setzen sich aus erfolgreichen industriellen Privatunternehmern zusammen, die es zu Wohlstand gebracht haben. Ehemalige Funktionäre, Personen mit guten Beziehungen zur Bürokratie, aus den Streitkräften ausgeschiedene Soldaten, aber auch Angehörige vor-revolutionärer Eliten bzw. frühere Staatsangestellte stellen das Gros dieser Unternehmer. Sie alle verfügen in der Regel über einen gewissen Bildungs- und Erfahrungshintergrund bzw. über gute Beziehungen zur örtlichen Bürokratie. Ihre Erfahrungen und unternehmerischen Fähigkeiten werden ebenso akzeptiert wie ihre Rolle als Arbeitgeber und Wohltäter im Interesse der Gemeinschaft. Da sie öffentliche Projekte finanzieren, in wachsendem Maße am lokalen Steueraufkommen beteiligt sind und Arbeitsplätze schaffen, bemühen sich die lokalen Regierungen um ihre Unterstützung und Förderung. Solche Personen werden von der Dorfebene als auch von der Gemeinschaft als „Führungskräfte“ angesehen, wobei es unerheblich ist, ob es sich um Parteifunktionäre handelt oder nicht. So soll sich das Leitbild des linientreuen Funktio-

närs gewandelt haben: er sei heute Unternehmer und nicht mehr der „ideologisch geschulte Kader“ (HEBERER, T., 1998, S. 393).

Die divergierenden Meinungen über chinesische Unternehmer und deren Interessen unterstreicht die Problematik der Fokussierung auf eine einheitliche Interessenkonstellation. „Wirtschaftliche Macht drängt nach politischer Macht, nicht zuletzt zur Durchsetzung ökonomischer Interessen und zur Erhöhung des gesellschaftlichen Status. Die Unternehmer verkörpern ökonomische Interessen, entwickeln zugleich aber soziales und auch politisches Partizipationsinteresse und versuchen mittels ihres pretialen Machtpotentials, Einfluß auf die künftige Politikgestaltung zu nehmen.“ (HEBERER, T., 1995, S. 31 f.).

Es ist eine Interessengruppierung durch die Reformmaßnahmen entstanden, deren Träger (Privatunternehmer und Manager größerer Betriebe) gemeinsame ökonomische Interessen und Ziele verfolgen und spezifische Vorstellungen einer Gesellschaftsentwicklung sowie partizipatorisches Interesse entwickeln. Die Gegenargumente lauten, es handle sich um eine weitgehend heterogene Gruppe ohne gemeinsame Interessen (HUANG H.; HSIAO M., 1993, S. 9).

Die chinesischen Privatunternehmer setzten sich mehrheitlich aus Personen mit niedrigem Bildungsstand und geringem gesellschaftlichen Prestige zusammen. Sie seien nur an „ökonomischer Demokratie“ (Freiheit, Unternehmen zu gründen und betreiben zu können) interessiert, nicht aber an „politischer Demokratie“ (BRUUN, O., 1993, S. 3). Als Schicht seien sie gegenüber der Dominanz der Partei zu schwach, um politische Veränderungsprozesse in Gang setzen zu können (CHEN A., 1993, S. 363). Neuesten Entwicklungen zufolge und divergent zu diesen Aussagen tritt die KPCh in den ökonomisch dynamischen Regionen Chinas ad absurdum inzwischen zum Teil als Partei der Manager auf. Dort hat sich ein dichtes persönliches Beziehungsgeflecht zwischen Kadern und Unternehmern entwickelt. Weiterhin haben chinesische Privatunternehmer mittlerweile einen hohen gesellschaftlichen Status erreicht (s. Abbildung S. 5). Die Tätigkeit von Partei- und Staatsorganen ist oft untrennbar mit wirtschaftlichen und unternehmerischen Interessen verwoben (HEBERER, T., 1998, S. 188); (s. Kapitel 2.3 Staat, Regierung und KPCh).

Eine Homogenität besteht wenigstens darin, daß es sich – in teilweisem Widerspruch zu vorher genanntem (was die Problematik der Stratifikation mehr als verdeutlicht) – überwiegend um Personen mit einem höheren Grad an Bildung, Ausbildung oder beruflicher Erfahrung handelt, denen an einer freien Entfaltung in ihrem Tätigkeitsfeld gelegen ist, die an sozialem Aufstieg interessiert sind und aufgrund ihrer Aktivitäten ein Selbstbewußtsein entwickelt haben, das nach einem größeren Maß an Partizipation strebt. Dies besagt nicht, daß diese Gruppe in jedem Fall einheitlich agiert. Sie sieht sich aber auf der Basis einer Interessenskoalition zu gemeinsamem Handeln veranlaßt.

Die Auffassung, Privatunternehmer seien nur an ökonomischer Demokratisierung interessiert, geht von einem statischen Bild aus. Von ihrer Erwerbstätigkeit her muß das ökonomische Interesse zunächst zentral sein. Chancengleichheit (in

Bezug auf den staatlich-kollektiven Sektor), Rechtssicherheit und Sicherung der Erwerbschancen sind für stabile Geschäftstätigkeit unabdingbar. So besitzen viele private Unternehmen Schwierigkeiten, die finanzielle Liquidität aufrecht zu erhalten. Banken gewähren ihnen nur bedingt Kredite. Die Privatwirtschaft soll sich langsam aber konstant entwickeln; eine nachhaltige stabile Entwicklung ist das Oberziel (AUSSAGE VON LI JUNJIANG, 1999). Offenes politisches Agieren hingegen, etwa in Form von Kandidaturen bei Wahlen sowie ein politisch-oppositionelles Verhalten könnte sich nicht nur negativ auf die Geschäftstätigkeit auswirken, sondern auch persönliche Folgen für die jeweiligen Akteure nach sich ziehen.

Andererseits sind die Organisation in Interessenvereinigungen sowie die Mitarbeit in Volkskongressen und anderen Institutionen ein Ausdruck politischer Aktivitäten (HEBERER, T., 1995, S. 37).

Im Veränderungsprozeß, der mit den Reformmaßnahmen einhergeht, spielt die Entwicklung der Privatwirtschaft eine eminente Rolle. Sie fördert Werte wie Wettbewerbsdenken, Kreativität, Verantwortlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, Disziplin und Pünktlichkeit (LI YINGFENG, 1991, S. 2). Diese Werte stellen die Basis zur Förderung der Interessenwahrung der Gesellschaftsgruppen dar.

2.4.2 Staatliche Unternehmen

Ein starker Reformdruck ging aufgrund der desolaten Lage des lokalen Staatssektors von den vielen staatseigenen Unternehmen aus. Rückläufige Gewinn- und Steuerzahlungen sowie wachsende Subventionsforderungen schränkten den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum der kommunistischen Regierung stark ein. Gleichzeitig konnten diese Unternehmen kaum neue qualifizierte Arbeitskräfte einstellen, da sie einen immensen Personalüberhang aufweisen. Ca. 40% der Staatsbetriebe Chinas, die zusammen mehr als 100 Millionen Menschen beschäftigen, schreiben rote Zahlen. Die Verluste beliefen sich im ersten Halbjahr 1998 auf ca. 37 Mrd. US-\$ (HANDELSBLATT, 1998B, S. 9).

Die Gründe sind u.a. in der Wirtschaftspolitik zu suchen, da die Produkte der Staatsbetriebe größtenteils staatlichen Preisvorgaben unterliegen und damit die Möglichkeiten, Gewinne zu erzielen, beschränkt werden. Ein weiteres gravierendes Problem besteht in der chronischen Knappheit der finanziellen Mittel, wobei die Bereitschaft der Banken, diese durch Kredite zu unterstützen, immer mehr abnimmt. Dies hat zur Folge, daß technische Einrichtungen nur bedingt modernisiert werden und – wenn überhaupt – nur gebrauchte Maschinen erworben werden können. Dies führt wiederum zu geringen produktionsbezogenen Produktivitäts- und Effektivitätskennzahlen – ein „Teufelskreis“ (AUSSAGE VON LI JUNJIANG, 1999).

Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Kollektivbetrieben (aber auch in der Privatwirtschaft) lassen sich vielfach mit frühkapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen vergleichen. Mehr als zwölfstündige Arbeitstage, eine sieben-

tägige Arbeitswoche, mangelnder Arbeitsschutz, das Fehlen jeglicher Sozialleistungen etc. tragen zur Unzufriedenheit der Beschäftigten bei (HEBERER, T., 1998, S. 384). Aus diesen und weiteren Gründen wurde die VR China im Jahre 1995 als das Land mit dem größten sozialen Unruhepotential aufgrund von Arbeitskonflikten eingestuft (FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW, 1995, S. 13).

Aus diesem Hintergrund erfolgte neben vielfältigen Schritten zur Reform des Staatssektors (Einführung von Märkten und Preismechanismen, rechtliche Umstrukturierung der Unternehmen) die Zulassung nicht-staatlicher Unternehmen als alternative Einkommens- und Beschäftigungsquellen für die Bevölkerung und damit auch als Einnahmequelle für den Staat (SCHÜLLER, M., 1997, S. 18).

Die Staatsunternehmen sollen nach Aussage des chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji Reformen beschleunigen, das Management verbessern und die Beschäftigtenzahl verringern. Der Interessengruppe der unternehmensleitenden Parteikader begegnet er mit ungewöhnlich direkten Worten: Manager von Staatsunternehmen, die zwei Jahre in Folge Defizite erwirtschaftet haben, müßten aus ihren Positionen entfernt werden.

Angesichts der großen Zahl von Beschäftigten kann dieser Übergang nur langsam erfolgen. Da eine überbetriebliche soziale Sicherung erst im Aufbau ist, werden Konkurse aufgrund der damit verbundenen Zunahme der offenen Arbeitslosigkeit und sozialen Instabilität soweit wie möglich verhindert (SCHÜLLER, M., 1998, S. 286 F.). Dennoch sind positive Grundtendenzen gegenüber den Arbeitern erkennbar. Die Behörden müßten den entlassenen Arbeitskräften bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen helfen und für eine gewisse Zeit den Lebensunterhalt sichern. Außerdem stelle die Zentralregierung den Provinzen 1998 ca. 8 Mrd. Yuan zur Verfügung, um die Wiedereinstellung der Arbeitslosen zu erleichtern. Privatisierungen, die Einführung von Eigenverantwortung und eines leistungsfähigen Managements sollen diese Entwicklung fördern. Bildungsprogramme werden eingerichtet; die Herausbildung einer Marktwirtschaft soll „konzentriert“ erfolgen (HANDELSBLATT, 1998C, S. 9).

Die Großunternehmen sollen daher insgesamt durch Effizienzmaßnahmen gestärkt und das knappe Kapital auf sie konzentriert werden; kleinere Unternehmen bleiben hingegen dem Markt überlassen. Resultat wird eine duale Struktur von flexiblen Kleinunternehmen und großen, aber weiterhin schwerfälligen Unternehmen sein. In Bereichen, in denen Kleinunternehmen größeren Kapitalbedarf haben werden, dürften sie verstärkt mit den Großunternehmen um die Ressourcen konkurrieren. Zusammenschlüsse staatlicher Kleinunternehmen werden empfohlen (DEG U.A., 1996B, S. 9).

Neben ideologischen Widerständen gegen eine Privatisierung großer Staatsbetriebe bestehen politisch-bürokratische Blockaden auf der Ebene der Lokalregierungen, die die ihnen zugeordneten Staatsbetriebe nicht aus ihrer administrativen Kontrolle entlassen wollen. Die Gründe für dieses Verhalten sind einerseits in der hohen Abhängigkeit einzelner Regionen von Beschäftigung und Steuerzahlungen durch Staatsbetriebe zu suchen. Andererseits liegen sie im Interesse der

Behörden, mit der Kontrolle die ökonomische Machposition zu behalten (SCHÜLLER, M., 1998, S. 284 F.). Die Modernisierungsprozesse sind inkonsistent, da diese gegen die Interessen der lokalen Behörden und der Beschäftigten in den maroden Staatsbetrieben durchgesetzt werden müssen.

2.4.3 Ausländische Unternehmen

Seit 1980 fließt kontinuierlich ausländisches Kapital in Form von Direktinvestitionen nach China. Die vom Außenwirtschaftsministerium registrierte Zahl der vereinbarten Investitionsprojekte übersteigt bereits 250.000.

Ausländische Unternehmen sind eine wichtige Antriebskraft des chinesischen Wirtschaftswachstums. Sie wiesen 1996 einen Anteil von 47,3% des chinesischen Außenhandels auf. 1995 beschäftigten diese Unternehmen ca. 17 Mio. Arbeitskräfte. Sie zahlten Steuern in Höhe von 70 Mrd. Yuan, d.h. ein Zehntel der gesamten Einnahmen aus der Industrie- und Handelssteuer. Die Investitionen der ausländischen Unternehmen machten 1995 etwa 16% des Anlagevermögens aus. Weiterhin belief sich der Beitrag dieser Unternehmen an der Industrieproduktion auf etwa 15%. In der Zeit von 1985 bis 1996 steigerte sich das Exportvolumen der Auslandsunternehmen von 320 Mio. auf 61,5 Mrd. US-\$ (SCHÜLLER, M., 1997, S. 22). Aufgrund dieser wichtigen und herausragenden Stellung werden ausländische Unternehmen als Interessengruppe behandelt, da deren Interessen bei Entscheidungsfindungen der Regierung bezogen auf wirtschaftliche Reformmaßnahmen mit berücksichtigt werden müssen.

Ausländische Unternehmen können sich, bedingt durch die chinesische Investitionsgesetzgebung, neben der klassischen Neugründung auch in lokale bestehende Firmen einkaufen oder Kooperationen anstreben (VGL. GUTOWSKI, A./TANG XIAOZHONG, 1998).

Dies hat jedoch auch eine Steigerung der Personalaufwendungen zur Folge, da die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften das Angebot überschreitet, was die VR China im Kostenvergleich zurückwirft.

Zum anderen erhöht dies die Einkommensdisparitäten zwischen den prosperierenden Ostküstenprovinzen und dem zumeist ländlich orientierten Hinterland. So entfielen 1996 auf die zehn Provinzen (alles Küstenprovinzen) mit den größten Verkäufen ca. 62% des gesamten Einzelhandelsumsatzes (BFAI, 1997A, S. 10).

Folgende Interessen der ausländischen Unternehmen herrschen vor, wenn mit staatlichen chinesischen Betrieben kooperiert wird (DEG U.A., 1996B, S. 13):

- schneller Markteintritt ermöglicht ein Aufholen gegenüber den bereits in der VR China vertretenen Wettbewerbern, ohne daß eine Produktionsstätte errichtet werden muß;
- geringere Investitionskosten bei Übernahme einer Produktionsstätte im Vergleich zu einer Neuerrichtung;

- Erwerb von Marktanteilen;
- Nutzung bereits bestehender Beschaffungs- und Vertriebskanäle;
- Nutzung bestehender Verbindungen zu Behörden etc.;
- Eintritt in eine bestehende, erfolgreich arbeitende Firma kann kurzfristiges Ertragspotential eröffnen; und
- durch den Joint-Venture-Status kann das Unternehmen in den ersten Geschäftsjahren von steuerlichen Belastungen befreit werden.

Nach der wirtschaftlichen Öffnung der VR China haben vorwiegend inländische Staatsunternehmen ihre monopolähnlichen Positionen verloren. Dies führt zu einem Marktanteilsverlust, was auch auf die verstärkte Marktdurchdringung ausländischer Konkurrenten zurückzuführen ist.

Seit den Wirtschaftsreformen sind einkommensstarke chinesische Konsumenten zunehmend qualitätsbewußter und treffen Kaufentscheidungen nicht mehr ausschließlich über den Preis. Ausländische Unternehmen können daher häufig eine Art „Qualitätsprämie“ für ihre Produkte verlangen, da inländischen Unternehmen der Ruf einer niedrigen Produktqualität anhaftet.

Die außenwirtschaftliche Öffnung bietet ausländischen Unternehmen die Möglichkeit, arbeitsintensive Produktionsprozesse nach Chinas auszulagern, wobei dem inländischen Kostendruck ausgewichen werden kann. Daneben bilden die Größe des Absatzmarktes und die Möglichkeit einer technologischen Kooperation wichtige Motive bei der Investitionsentscheidung für den Standort VR China. Die wechselseitige Interessenergänzung der Faktorenausstattung (Unterschiede im Lohnniveau, bei Immobilienpreisen und bei Umweltauflagen) begünstigte z.B. die schrittweise Verflechtung der südchinesischen Küstenprovinzen mit Hong Kong, Macao und Taiwan zu einer Region „Greater China“ (SCHÜLLER, M., 1997, S. 22). Doch in den letzten Monaten hat die VR China das Vertrauen westlicher Unternehmen verloren, die die vielfältigen unzumutbaren chinesischen Zustände dafür verantwortlich machen, daß sich Investitionen noch nicht ausgezahlt haben (WIRTSCHAFTSWOCHE, 1999, S. 51). In diesem Zusammenhang hat die Regierung weitere durchgreifende Reformen angekündigt, auch vor dem Hintergrund, in die World Trade Organization (WTO) aufgenommen zu werden (WALL STREET JOURNAL, 1999, S. 10 f.).

Eine für ausländische Unternehmen in der VR China schmerzliche Perspektive ist die Angleichung der Investitionsbedingungen für in- und ausländische Unternehmen und damit der Abbau der bisher gewährten Vergünstigungen. Im April 1996 wurden die Zollvorteile für neue Gemeinschaftsunternehmen weitgehend gestrichen. Die Beendigung der speziellen Förderung ausländischer Investitionen in den Küstengebieten wird sowohl fiskalpolitisch als auch strukturpolitisch begründet (DEG U.A., 1996 A, S. 6).

2.5 Bauern und Agrarunternehmen

Die Reformen im landwirtschaftlichen Sektor waren der Ausgangspunkt für die Veränderungen des gesamten Wirtschaftssystems. Die erfolgreiche Umsetzung der Reformmaßnahmen mit hohem Produktivitätsgewinn (1981-1984: Wachstum des Agrarsektors um 10% p.a.) und Einkommensverbesserung für die Bauern stärkte die Position und Interessen der Reformbefürworter und verbesserte die Ausgangsbedingungen für den Wandel anderer Wirtschaftsbereiche. Nicht zufällig begann der Wandel der Wirtschaftsordnung als Auffächerung von Eigentums- und Vermögensrechten im Agrarsektor und mit der Zulassung von Märkten und Preisen als Koordinationsmechanismen. Der Problemdruck war so groß, daß die Regierung die Rückkehr zur traditionellen Familienbewirtschaftung nach anfänglichem Zögern unterstützte. Die Liberalisierung der landwirtschaftlichen Produktion und die Auflösung der Volkskommunen vollzogen sich weitaus schneller als Ende der 70er Jahre beabsichtigt. Die zunächst als Experiment gedachte familienbezogene Verpachtung des Landes an die Bauern setzte sich auf lokaler Ebene rasch durch (SCHÜLLER, M., 1997, S. 18).

Der Landwirtschaft wird weiterhin eine wichtige Rolle in der VR China eingeräumt. Einerseits muß sie weiter verbessert werden, um der steigenden Nachfrage nach Lebensmitteln als Folge des Bevölkerungszuwachses und gestiegener Kaufkraft Rechnung zu tragen. Andererseits wird sie auch als Mittel gesehen, das Wohlstandsgefälle gegenüber anderen Sektoren zu überwinden.

Stetiges Wachstum durch gesteigerte Effizienz bei der Produktion von Baumwolle, Speiseöl und Getreide sollen zu einem steigenden Einkommen der Bauern führen. Um beispielsweise die Getreideproduktion zu fördern, werden spezielle Schutzbestimmungen für Agrarland erlassen und es sollen weitere brachliegende Flächen reaktiviert werden (DEG U.A., 1996 A, S. 9).

Der Begriff des „Bauern“ ist zu differenzieren. Betreiben sie Landwirtschaft im großen Stil, werden sie den lokalen privatwirtschaftlichen Unternehmen zugeordnet. Der Status der Kleinlandwirte bleibt dagegen gering, soweit sie primär familienbetriebener Kleinlandwirtschaft nachgehen und keine Initiativen zur Verbesserung des Lebensstandards außerhalb des Agrarsektors unternehmen. Beschäftigte in ländlichen Kollektiv- oder Privatbetrieben erzielen zwar höhere Einkommen, daraus folgt aber noch keine soziale Absicherung. Zudem wurde die Selbständigkeit zugunsten von Lohnabhängigkeit aufgegeben.

Die Zuordnungsbegriff „Bauern“ muß allerdings noch in anderer Weise differenziert werden: Bauern können mehreren Schichten angehören. So können sie einen Teil ihrer Arbeitszeit als Dorfkader oder als Lohnabhängige verbringen oder in einem nicht-agrarischen Unternehmen bzw. alternativ im privaten Kleinksektor tätig sind. Entscheidend wirkt hier die Tätigkeit, die hauptsächlich ausgeübt wird (Arbeitszeit) und aus der der größte Teil des Einkommens stammt (HEBERER, T., 1995, S. 31). Die einzelnen Interessen der Bauern sind nicht homogen. Bauern differenzieren sich je nach Größe und Art des Besitzes von

Grund und Boden, deren Qualität, daraus folgend den Anbaumöglichkeiten, eigenen Entscheidungs- und Inputmöglichkeiten, Marktzugang und Zahl der Arbeitskräfte.

Es gibt eine Vielzahl formeller (offiziell angemeldeter) ländlicher Interessensvereinigungen als auch informelle Organisationen. So bilden sich auf lokaler Ebene *unabhängige oder halbunabhängige Verbände* wie *Landsmannschaften, Clans, religiöse Vereinigungen, inoffizielle Gesellschaften* bzw. *autonome Vereinigungen*, aber auch *Berufsverbände* wie die *Gewerkschaft für Landwirtschaft*. In den Städten schließen sich Bauern auf der Grundlage gleicher Interessen ebenfalls zu traditionellen, inoffiziellen Organisationen und Vereinigungen zusammen. Eine neue Eigentumsform landwirtschaftlicher Betriebe sind die von Bauern auf *freiwilliger Basis* gegründeten *Kooperativbetriebe oder Genossenschaften*.

Staatliche Handelsunternehmen sind z.T. äußerst starre Bürokratien und haben zudem eine Monopolstellung inne, die sie häufig zugunsten staatlicher und zu Ungunsten nichtstaatlicher Betriebe einsetzen. Dagegen bildeten sich bereits Mitte der 80er Jahre bäuerliche Absatz- und Versorgungsgenossenschaften, die auf Freiwilligkeit beruhen, und im Wettbewerb zum Staatshandel die Bauern mit allen für die Produktion nötigen Mitteln versorgen. Der Kooperativbetrieb ist eine Unternehmensform, die sich durch den Zusammenschluß von reinen Einzelpersonen, reinen Kollektiven, Einzelpersonen und Kollektiven und anderen Organen herausgebildet hat. Die Zahl der Beschäftigten schwankt zwischen ein und zwei bei der Individualwirtschaft und zwischen sieben und acht Personen bei den Kooperativbetrieben. Die Mitglieder dieser Unternehmensform sind im Produktionsprozeß aktiv tätig und an dem Unternehmen beteiligt. Bei einer Produktionsausweitung stellen sie Lohnarbeiter ein (SCHÄDLER, M., 1989, S. 161).

Dagegen stellen die Gemeinde- und Dorfbetriebe, also die Kollektivwirtschaft, auch *unfreiwillige Zusammenschlüsse* der Bauern dar. Bei der Kollektivwirtschaft existieren eine Reihe von Unternehmenszusammenschlüssen, angefangen von Verbindungen zwischen Einzelpersonen, Haushalten, Kollektiven horizontaler und vertikaler Art bis hin zu Unternehmen, die sich aus Bauernhaushalten und staatlichen bzw. städtischen Industriebetrieben bilden. Beispielsweise stellt der Industriebetrieb Maschinen, technisches Know-How und das Management, der ländliche Partner Grund und Boden, Arbeitskräfte sowie Rohstoffe zur Verfügung. Eine Form der Zusammenarbeit ist die Weiterverarbeitung von ländlichen Rohstoffen, eine andere besteht darin, daß die städtischen Industriebetriebe ihre Produktion in die ländliche Region verlagern.

Die landwirtschaftlichen Reformen haben somit nicht nur eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft erzeugt und das Ernährungsproblem der VR China weitestgehend gelöst, sie haben auch neue Unternehmensstrukturen wie o.g. Kooperativbetriebe bzw. Genossenschaften hervorgebracht. Allerdings ist das Beschäftigungsproblem auf dem Land noch nicht gelöst, was die hohe Zahl der Wanderarbeiter zeigt (s. Kapitel 3.3 Agrarreformprobleme).

Von grundsätzlicher Bedeutung aber ist die Veränderung der Produktionsverhältnisse in ländlichen Gebieten, die sich einerseits aus der forcierten Entwicklung und Umstrukturierung des agrarischen Sektors und andererseits aus der Veränderung der Eigentumsverhältnisse ergeben hat. Dieser ökonomische Wandel kommt vor allem in einem raschen Privatisierungsprozeß zum Ausdruck. Dieser Prozeß führt zu einer Neustrukturierung des sozialen Schichtengefüges, was die Veränderung bestehender und die Herausbildung neuer Eliten beinhaltet. Es entstehen neue gesellschaftliche Gruppen, wie Unternehmer- oder Berufsgruppen, die Mitspracherechte artikulieren wollen, was sich u.a. in der Gründung von Interessensvereinigungen äußert (HEBERER, T., 1998, S. 390).

Die Bildung von kooperativen, individualwirtschaftlichen, genossenschaftlichen und privaten Betriebsformen neben der Kollektivwirtschaft führte:

- zu einer partiellen Auflösung der überkommenen Produktionsordnung;
- zu einer Konkurrenz der staatlichen gegenüber anderen Unternehmensformen; und
- zur Herausbildung von freien Märkten.

Die staatliche Monopolwirtschaft wurde langsam aber stetig aufgegeben, was ebenfalls die Beseitigung des Monopols beim Getreidean- und verkauf auf dem Lande beinhaltet. Die guten Erfahrungen, die die Regierung der VR China mit den Reformen in ländlichen Regionen gemacht hat, veranlaßte diese, die Reform des Industriesektors voranzutreiben. Die Reformen der Landwirtschaft dienten gewissermaßen als „Experimentierfeld“ für die Umstrukturierung der Industrie (PHILIPP, R., 1993, S. 149 ff.).

Eine Veränderung der bäuerlich-ländlichen Interessenkonstellationen hat, basierend auf bereits genannte empirische Untersuchungen, stattgefunden. Das partielle Heraustreten aus Landwirtschaft und Dorf, die Abwanderung und Tätigkeiten in Städten (Landflucht) und Industriebetrieben und die damit verbundene Erweiterung des Weltbildes und der sozialen Kontakte bewirken eine Aufweichung der bäuerlich-ländlichen Subkultur und traditioneller Interessen. Dies drückt sich zunächst in der Ausweitung interpersoneller, also zwischenmenschlicher Kontakte und dorfübergreifender Erkenntnisse und Erfahrungen aus. Weiterhin an vermehrter Teilnahme am Marktgeschehen, an Investitionen und Unternehmertätigkeiten. Schließlich in dem Wunsch nach materiellem Wohlstand, besserer Ausbildung für den Nachwuchs sowie in zunehmender Empathie (Einfühlungsvermögen) innerhalb der Gesellschaft aus.

Die Interessen der Menschen haben sich mit den Reformmaßnahmen differenziert. Werte wie Aufopferung für das Kollektiv im Sinne bäuerlich-proletarischer Modellhelden finden auch unter der ländlichen Bevölkerung kaum mehr Resonanz. Dem Familiarisierungs-, Individualisierungs- und Privatisierungsprozeß entspricht es, die Interessen stärker im Konsum, in familiärem und

privatem Glück, in nicht agrarischen Berufsfeldern und in der Maximierung des Einkommens zu suchen.

Die detaillierten Faktoren der Interessenverlagerung der bäuerlich-ländlichen Gesellschaft vom „Hinnehmen und Erdulden“ zum wachsenden „Wunsch nach Mitspracheformen“ zeigt zusammenfassend nachfolgende Abbildung:

Traditionelle Interessenausrichtung	Neue Interessenausrichtung
<ul style="list-style-type: none"> • Mißtrauen in interpersonelle Beziehungen • Vorstellung beschränkter Verfügung über Güter • Abhängigkeit/Sympathie gegenüber dem Staat • Familiarismus (traditionell) • mangelndes Innovationsdenken • Fatalismus (Glaube an Vorherbestimmung u. Schicksal) • begrenzter Ambitionismus • fehlendes Verständnis für Bildung, Sparen etc. • eingeschränkte Weltsicht • geringer Grad an Empathie gegenüber der KPCh 	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme interpersoneller Beziehungen • Vorstellung materieller Besserstellung • Unabhängigkeit/Aversion gegenüber dem Staat • Familiarismus (ökonomisch) • Ausrichtung auf den Markt • Chancengleichheit und Unternehmertum • Investitionsbedarf • Interesse an Bildung, Fortbildung, Krediten und Sparen • Erweiterung des Weltbildes • wachsender Grad an Empathie gegenüber der KPCh

Quellen: ROGERS, E.: Modernization among peasants, New York 1969, S. 19 ff.; HEBERER, T.: Die stille Revolution von unten, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, Bonn 1995, S. 27 ff.

Das Verständnis großer Teile der Bevölkerung von Marktwirtschaft als Ökonomisierung des gesamten Denkens und Handelns, als Vermarktung aller Dinge und Personen sowie Unterwerfung sämtlicher sozialer Bereiche und Tätigkeiten unter Profitinteressen beschleunigt die Zersetzung herkömmlicher Interessengefüge und Werte (HEBERER, T., 1995, S. 33).

Durch die Abschaffung des Kommunensystems und die Einführung der ökonomisch eigenständigen Bauernhaushalte wurde die Herrschaft der Partei auf dem Land drastisch geschwächt. Die Auflösung des kollektiven Zwangssystems machte die Parteisekretäre der ländlichen Basisorganisationen als aufgezwungene Interessenvertretung praktisch zu Arbeitslosen. Dies führt zum Zerfall der Kontrollstrukturen der Partei in ländlichen Regionen (HEILMANN, S., 1994, S. 478).

3. Wirtschaftsreformen, makro-ökonomische Steuerung und Interessengruppen

Auf der Tagung des Zentralkomitees (ZK) der KPCh wurden im September 1995 die grundsätzlichen Entwicklungspläne (Fünf-Jahrespläne) der VR China bis zum Ende des Jahrtausends vorgestellt und verabschiedet.

Gleichzeitig wurden die langfristigen Ziele bis zum Jahr 2010 skizziert. Kernpunkt der weiteren Entwicklung ist die Fortsetzung, Vertiefung und Beschleunigung der *sozialistischen marktwirtschaftlichen Reformen*. Die Tatsache allerdings, daß das anhaltende hohe Wirtschaftswachstum zu verschiedenen Ungleichgewichten und Interessengegensätzen geführt hat, bedingt einige Modifikationen in der Ausrichtung der Pläne. Regionalisierung, Verlagerung, Konzentration und weitere Außenhandelsliberalisierungen beschreiben diese neue Leitlinie mit einigen Schlagworten (FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 1997, S. 4).

Die chinesische Regierung sieht dabei stringente interdisziplinäre *Interessenkonflikte* zwischen den drei wesentlichen Pfeilern ihrer Politik: *Reformen, Entwicklung und Stabilität*.

Stabilität umfaßt sowohl die soziale Stabilität, d.h. den sozialen Frieden trotz unterschiedlicher regionaler und interregionaler Einkommenspositionen als auch die wirtschaftliche Stabilität. Bei einem realen Sozial- und Einkommenswachstum in der angestrebten Größenordnung von ca. 8% sowie gleichzeitiger Zollreduktion im Hinblick auf die Anforderungen für einen späteren Beitritt zur World Trade Organization (WTO) bedeutet dies, daß Kapital im Land gehalten werden muß, um das hohe Investitionsaufkommen mit Geldmitteln alimentieren zu können. Hohe Zinsen werden die Folge sein; mit weiterhin restriktiven Kreditvergaben ist zu rechnen.

In diese Richtung wirken auch andere Bestandteile des Fünfjahresplans, wie etwa der gezielte weitere Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Dies stößt bei einigen Interessengruppen auf Widerstand. Dieser stammt aus Teilen der *Eliteschicht*, die einerseits aufgrund der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente und des Justizsystems ihre Macht und damit Privilegien einbüßt und andererseits über keine Möglichkeiten zum Anteil am Gewinn durch die Reformen verfügt.

Eine weitere Gruppe, die Widerstand leistet, sind die *Arbeiter*, deren Betriebe aus vielerlei Gründen Defizite machen. Sie können mit ihrem geringen Lohn bei einer grasierenden Inflationsrate nur ein Leben in Armut führen.

Die wesentlichen *Merkmale der Reform des Wirtschaftssystems*, verknüpft mit makro-ökonomischen Zielen, Fortsetzung der Wirtschaftsreformen und der Rolle der diversen Interessengruppierungen, lassen sich auf den heutigen Zeitpunkt bezogen wie folgt zusammenfassend darstellen:

- die Führung der KPCh vollzieht eine Abkehr vom zentralistischen Planmodell und greift auf marktwirtschaftliche Elemente zurück (*Prinzip der sozialistischen Marktwirtschaft*);
- es wird eine Trennung zwischen der Regierung und Partei einerseits und den Unternehmen andererseits vollzogen, d.h. die Regierung konzentriert sich auf die Bildung von *institutionellen Rahmenbedingungen*. Die Entscheidungsbefugnisse über den Produktionsablauf obliegen überwiegend der Unternehmensleitung; und
- das chinesische Wirtschaftssystem wird durch *nicht-staatliche Eigentumsformen* bereichert, d.h. der staatsmonopolistische Charakter der Industrie wird durch die Zulassung vielfältiger Unternehmensformen in einigen Sektoren aufgehoben. Dadurch wird die Bildung von Interessengruppenvertretungen wie Gewerkschaften, Branchen- und Unternehmensverbänden, Unternehmerverbänden, privatwirtschaftlichen Vereinigungen sowie Genossenschaften forciert.

Die Planwirtschaft wird jedoch teilweise immer noch auf die Kollektivwirtschaft angewandt, wobei weniger administrative als wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Ressourcenzuteilung, Steuergesetzgebung, Wettbewerbsmechanismen etc. die Durchsetzung garantieren sollen.

Während die Preise für z.B. Energie, Kohle, Baumwolle und verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse administrativ festgesetzt und damit bewußt niedrig gehalten werden, also nicht dem Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage unterliegen, werden die Preise für die meisten Konsumgüter durch das Marktverhalten bestimmt.

Im Zuge der wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen ist eine Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse zu beobachten, da die Zentralregierung in Beijing den Provinzen und einzelnen Regionen Kompetenzen übertragen hat, um den unterschiedlichen developmentspolitischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen (s. auch Kapitel 3.2 „Regionale Probleme“).

In diesen Bereich fällt der Entschluß, eine Trennung von Regierungs- und Unternehmensfunktion durchzuführen, um die ineffizienten und mit Verlust arbeitenden Staatskonzerne zu sanieren. Die Betriebe bleiben weiterhin Volkseigentum, wobei jedoch der Versuch unternommen wird, diese eigenständig produzieren und wirtschaften zu lassen (*Prinzip der Selbstverantwortlichkeit*). Hier ist ein Ansatzpunkt für Interessengruppen vorhanden, die einerseits regierungsnahen Interessen und andererseits unternehmensbezogene Interessen durch Vertretungen artikulieren können.

Im privatwirtschaftlichen Sektor der chinesischen Volkswirtschaft bereitet die staatliche Planbürokratie immer noch z.T. erhebliche Schwierigkeiten bei der Ressourcenzuteilung wichtiger Rohstoffe, Maschinen und anderer im staatseigenen Sektor hergestellten und vertriebenen Güter. Hier liegt eine Herausforderung

für Interessengruppierungen, diese wettbewerbsverzerrenden Mißstände zu beseitigen.

Fortschritte wurden in der kollektiv betriebenen Landwirtschaft (Genossenschaften), in der ländlichen und städtischen Privatindustrie und im Dienstleistungssektor gemacht.

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, daß die positiven Erfahrungen bei den Reformen in der Landwirtschaft und bei den Zulassungen der Privatwirtschaft ausschlaggebend für die Fortführung der Reformen im Industriesektor waren (PHILIPP, R., 1993, S. 153 ff.).

Das große Defizit der chinesischen Reformen besteht jedoch darin, daß zwar eine ökonomische Umstrukturierung der Volkswirtschaft stattgefunden hat, aber politische Reformen bisher ausgeblieben sind.

Jede ökonomische Krise schlägt somit auf die Regierung und die KPCh als die alles beherrschenden Machtorgane zurück; jede Krise ist eine Krise politischer Natur, die den Herrschaftsanspruch der Partei mehr und mehr untergräbt. Trotz des aus der Wirtschaftsreform resultierenden wachsenden Lebensstandards der Bevölkerung konnte das verlorene Vertrauen der Bevölkerung in die Politik der KPCh nicht zurückgewonnen werden. Will die Partei ihren Führungsanspruch behalten und den ökonomischen Modernisierungsprozeß in ihrem Sinne fortsetzen, sind politische Reformen mit einer offiziellen Zulassung von *unabhängigen Interessengruppenvertretungen* unabdingbar.

Aufgrund der seit 1989 verbesserten Einbindung in die politische Willensbildung, bestehen starke institutionelle Interessen in diversen Gruppierungen, wie z.B. dem *Nationalen Gewerkschaftsbund* sowie *Branchen- und Unternehmensverbänden* im Staatssektor, die enge Bindung zur Partei beizubehalten. Diese Verbindungen garantieren Zugang zur politischen Macht, ein Repräsentationsmonopol und staatlich gesicherte Privilegien für die Funktionäre. Eine durchgreifende Organisationsreform oder gar eine organisatorische und dauerhafte Vernetzung der Interessengruppen erscheint daher ohne umfassendere Veränderungen im politischen System der VR China eher unwahrscheinlich (HEILMANN, S., 1997b, S. 49).

Die Fähigkeit von Ländern, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen, hängt wesentlich von der Gestaltung der staatlichen Institutionen ab. Die Produktionsfaktoren können ihre Wirksamkeit nicht entfalten, wenn Institutionen sowie das Werte- und Regelsystem einer Gesellschaft konterkarierende Wirkungen erzeugen. Für die Einführung eines wachstumsgenerierenden Institutionensystems ist insbesondere der *Wille* der politisch Handelnden unabdingbare Voraussetzung. Wenn es dagegen rentensuchenden Interessengruppen gelingt, auf diese Prozesse regressive Einflüsse zu erlangen mit dem Ziel, Privilegien zu erlangen, besteht die Gefahr, daß geringes wirtschaftliches Wachstum generiert wird (MUMMERT, U., 1998, S. 39).

Dem Konflikt zwischen gesellschaftlichen Interessengruppen und staatlichen Institutionen wird auch von der *Weltbank* Bedeutung beigemessen. Eine Studie aus dem Jahre 1996 kommt zu dem Ergebnis, daß die wesentlichen Ursachen für die Entwicklungsprobleme die Divergenz von „modernen“ und „traditionellen“ Institutionen darstellt. Die Schlußfolgerung besteht darin, staatliche Institutionen in der Form zu gestalten, daß sie mit den Zielen von gesellschaftlichen Gruppen vereinbar sind, um die Transformations- und Durchsetzungskosten von Reformmaßnahmen zu reduzieren (WELTBANK, 1996). Ferner können die Tätigkeiten von Reversals, d.h. Interessengruppen, die kontra-produktive Auswirkungen auf Reformmaßnahmen haben, eingeschränkt werden.

In den traditionellen entwicklungsökonomischen Ansätzen werden institutionelle Faktoren vernachlässigt oder nicht systematisch in die ökonomische Analyse einbezogen. Dies gilt auch für das entwicklungsökonomische Modell der frühen 90er Jahre, dem sogenannten „Washington Consensus“, mit den drei wirtschaftspolitischen Säulen *makro-ökonomische Stabilisierung, Strukturanpassung und Liberalisierung*. Die daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Eingriffe besitzen zwar eine institutionelle Dimension, da z.B. die Abschaffung von Preisregulierungen oder Außenhandelshemmnissen durch Institutionen erfolgt. Andere notwendige institutionelle Bedingungen bleiben jedoch unberücksichtigt. Makro-ökonomische Stabilisierungsbemühungen und Liberalisierung der Märkte können angesichts unklarer Handlungsrechte und einer mangelhaften Durchsetzung staatlicher Institutionen ohne die Berücksichtigung von diversen Interessengruppen nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen (MUMMERT, U., 1998, S. 38).

Bezüglich der *Außenhandelsreformen* der VR China, die mit einer verstärkten Liberalisierung des Handels einhergehen, ist zu erörtern, daß der Erfolg der wirtschaftspolitischen Reformmaßnahmen weniger von den direkten Folgen der Handelsliberalisierung abhängt. Vielmehr ist von entscheidender Bedeutung, daß das Land makro-ökonomischen Schwierigkeiten löst. Handelsliberalisierung kann nicht ausschließlich die Antwort auf eine ökonomische Krise sein (RODRIK, D., 1992, S. 103). Wenn die Einfuhrzölle gesenkt würden, fallen die Preise aufgrund eines erhöhten Angebotes aus dem Ausland. Dies hätte zwar eine höhere Binnenmarktnachfrage und Konsumrate zur Folge, die Sparquote würde allerdings sinken. Das würde den Zinssatz erhöhen, was folglich zu einer Verminderung von Investitionen führen würde. Das Leistungsbilanzdefizit würde steigen. Es müßten weiterführende Reformen aufgrund dieser neuen Krise durchgeführt werden (RODRIK, D., 1996, S. 32). Außenhandelsliberalisierung kann also bestenfalls *ein* Kriterium für Entwicklung darstellen, da nicht sichergestellt ist, daß Investitionen dadurch getätigt werden.

An dieser Stelle könnten Interessengruppen wie Unternehmerverbände und Gewerkschaften ansetzen und Druck auf die zuständigen Stellen ausüben mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit des Reformprogrammes zu steigern. Denn Investitionen sind ein Beleg dafür, daß wirtschaftspolitische Reformen erfolgreich durchgeführt werden.

3.1 Politische Probleme

Die Überlagerung der Politik durch die Ökonomie seit Anfang der 90er Jahre, die Erosion der Ideologie und die Zersetzung der Organisationsstruktur der Partei aufgrund wirtschaftlicher Sachzwänge und sich ausbreitender Korruption zersetzen den Führungsanspruch der KPCh (HEBERER, T., 1991, S. 2 f.). Diese Tendenz ist heute verstärkt gültig. Folglich verstärken sich die Anzeichen für die Notwendigkeit eines Ideologiewechsels in Richtung eines Meinungspluralismus als Voraussetzung für die Bildung neuer Organisationsstrukturen und Interessenvereinigungen.

War die Politik früher der dominierende Faktor für den sozialen Status des Menschen, so hat die wirtschaftliche Freiheit die Möglichkeiten zur Realisierung der individuellen Interessen enorm erweitert. Die soziale Stellung und das gesellschaftliche Ansehen sind inzwischen stärker von ökonomischen als von politischen Faktoren abhängig.

Die KPCh, die die Reformen u.a. aus Eigeninteresse in Gang gesetzt hat, befindet sich in einem Dilemma: entweder hält sie an dem Reformkurs fest, was eine Änderung der Eigentumsverhältnisse, eine Dezentralisierung der politischen Macht und eine Auflösung der ideologischen Monopolstellung bedeuten würde. Dies würde ihrem eigenen Interesse schaden. Oder sie greift auf Kommandowirtschaft und politische Diktatur zurück (sofern überhaupt möglich). Das hätte zur Folge, daß die Versorgungsschwierigkeiten, die politische Unruhen hervorrufen, eine noch gewichtigere Dimension bekommen.

Hemmnisse bei der Durchsetzung von Interessen und der Gründung von Gruppen liegen jedoch in der VR China an der Willkür der Regierung bei der Ausübung der Staatsgewalt. In Bezug auf die Menschenrechte gibt es eine starke Diskrepanz zwischen der Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Die in der Verfassung festgelegten Grundrechte auf politische Freiheiten wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit werden in der Praxis der Politik nicht garantiert. Willkürliches Eingreifen der Staatsgewalt in diese Freiheiten gehört zum politischen Leben des Landes. Interessengruppenvertreter, die politisch anders denken und handeln, müssen deshalb das Risiko einer unbegründeten Freiheitsstrafe tragen (HANDELSBLATT, 1998C, S. 1 ff.).

Politische Handlungsfreiheit wird nach wie vor nur der KPCh zuerkannt. Sie besitzt das Monopol, das politische Geschehen im Land zu bestimmen. Dabei ist die Führungsrolle der Partei per Verfassung unantastbar (GU X., 1995, S. 47). Eine Lösung des Problems der politischen Freiheit und damit die Entstehung eines demokratischen Systems in der VR China ist aufgrund von gravierenden Interessenspolaritäten nicht in Sicht. Auch das Auftreten eines zunehmend selbstbewußter gewordenen Nationalen Volkskongresses bedeutet keinen Beginn einer parlamentarischen Demokratie in der VR China. Die Abstimmungsrebellion eines Teiles der Volksdelegierten gegen die wirtschaftspolitischen Gesetzgebungsvorhaben der Parteiführung 1995 kann allenfalls als Ausdruck des Ressentiments

regionaler Interessengruppierungen gegen den autoritären Regierungsstil der zentralen Führung gedeutet werden (HEILMANN, S., 1995, S. 201 f.).

Auch die Bekämpfung der anhaltenden *Korruption* im Land wird für die KPCh immer mehr zur Überlebensfrage (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, 1997A, S. 6). Die öffentliche Verwaltung der VR China gehört heute nach Einschätzung ausländischer Geschäftsleute zu den korruptesten in Ostasien (GUTOWSKI, A., TANG XIAOZHONG, 1998, S. 1 ff.; CHINA CONTACT, 1998, S. 20 f.; HEILMANN, S., 1998, S. 193). Eine der spektakulärsten Korruptionsaffären – die Aufdeckung der eigennützigen Bereicherung der Stadtverwaltung Beijings – fand auf der Sitzung des Zentralkomitees im September 1995 einen vorläufigen Beschluß: der Parteichef und frühere Bürgermeister der Stadt wurde von Zentralkomitee und Politbüro ausgeschlossen. Doch wie bei der Eindämmung der Inflation können Zentralregierung und Parteiführung auch bei der Korruptionsbekämpfung die selbstbewußten Provinzen nur mühsam disziplinieren (DEG U.A., 1996A, S. 4). Die grassierende Korruption könnte Ausdruck des Verfalls der KPCh sein. Die Bürokratie kann aufgrund ihrer Machtstellung Interventionen in die Wirtschaftsabläufe vornehmen und verfügt damit über beträchtliche Handlungsspielräume, die es ihr ermöglichen, ihren eigenen Interessen nachzugehen (KRUG, B., 1993, S. 157).

Trotz der Interessenkonflikte und der Meinungsverschiedenheiten dominiert bei den politischen Eliten in den Regionen, Provinzen und auf zentraler Ebene der anti-demokratische Konsens. Doch auch ein großer Teil der anti-kommunistischen und anti-politischen Interessengruppen scheut sich vor der Einführung liberaler Demokratie. Der Glaube an die Notwendigkeit einer starken Zentralregierung zur Organisation der Modernisierung und die Furcht vor der Schwächung der Regierung durch eine unkontrollierbare politische Konkurrenz lassen einige Interessengruppen wie *Unternehmerverbände* und *privatwirtschaftliche Vereinigungen* vor einem aktiven Engagement für die Demokratisierung zurückschrecken (GU X., 1995, S. 47). Andererseits ist ein Großteil der jüngeren Parteimitglieder vornehmlich aus Karrieregründen in die KPCh eingetreten und fühlt sich der sozialistischen Ideologie nur noch schwach verbunden (AUSSAGE VON TANG XIAOZHONG, 1998).

Die bereits geschilderte „kulturelle Entfremdung“ zwischen Stadt und Land könnte bedingen, daß innenpolitische Krisen, die aufgrund wachsender regionaler Disparitäten auftreten können, nur behebbar sind, wenn ein handlungsfähiger, integrierter Zentralstaat vorhanden ist. Dieser könnte Legitimität durch Leistungsfähigkeit und sozialen Ausgleich gewinnen und auf diese Weise die entwickelte Diskrepanz schließen (HERRMANN-PILLATH, C., 1998, S. 74).

3.2 Regionale Probleme

Die Reformmaßnahmen stellen die Ursache des wirtschaftlichen Booms dar, jedoch entstanden durch diese auch wesentliche Probleme. Durch die regional unterschiedliche Entwicklung öffnete sich eine bedeutende Kluft zwischen den

Gebieten Chinas, in denen die Reformen unterschiedlich fortgeschritten sind. Neue Grundmuster der politischen Willensbildung und Interessendurchsetzung begannen sich zwischen der Regierung und den Regionen herauszubilden.

Zugleich entstehen wesentliche Einkommensdivergenzen und Interessengegensätze zwischen den sozialen Schichten, die immer mehr als Risiko der Reformen gesehen werden. Eine Fortsetzung des Wachstums der VR China kann nur noch unter Stabilitätsbedingungen erfolgen. Dies impliziert aber weiterhin eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik Chinas, die soziale Probleme weiter verschärfen kann (DEG U.A., 1996A, S. 8).

Nach den Sonderwirtschaftszonen (SWZs) erhielten Mitte der 80er Jahre auch eine Reihe von Küstenstädten und ausgewählten Wirtschaftszonen Vorzugsrechte, um Anreize für die Ansiedlung von Auslandsunternehmen zu bieten. Das Konzept, bestimmte begünstigte Regionen auszuwählen und mit außenwirtschaftlichen Sonderrechten auszustatten, wurde jedoch Mitte der 90er Jahre vor dem Hintergrund wachsender sozialer regionaler Unterschiede und der Unzufriedenheit vieler Provinzen mit dieser Situation in Frage gestellt (WALL, D., 1993, S. 251).

Kritiker innerhalb der Partei sahen die „Lokomotivfunktionen“ der SWZs erfüllt und forderten mit Blick auf gleiche Wettbewerbschancen aller Regionen ein Auslaufen der Privilegien (SCHÜLLER, M., 1997, S. 22).

Im Jahre 1994 begannen sich die Spannungen und Interessengegensätze zwischen den Provinzen und der Zentralregierung in Beijing, zwischen den einzelnen Provinzen und zwischen unterschiedlichen Wirtschaftszonen bzw. Regionen, die unterschiedlich stark von den Wirtschaftsreformen profitierten, zu verschärfen. Auch zwischen den Bewohnern der prosperierenden Küstenstädte und den Wanderarbeitern aus dem Hinterland kam es teilweise zu heftigen Auseinandersetzungen (MUFSON, S., 1997, S. 5). Der Interessenkonflikt bestand darin, daß sich aus Sicht der Zentralregierung in der Diskussion um ökonomische Entwicklungsziele eher die Frage nach der gesamtwirtschaftlich besten Nutzung divergierender regionaler Standortvorteile oder Ressourcen stellt und weniger die Frage einer möglichst gleichmäßigen Entwicklung der Regionen. Dagegen bestand aus Sicht der Regionen/Provinzen das Ziel in der möglichst effizienten und gewinnbringenden Nutzung die eigenen lokalen Vorteile. Räumlich ungleiche Entwicklungen wurden also auf fast allen Ebenen zumindest zeitweilig politisch akzeptiert und im Dienste einer raschen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sogar gefordert (TAUBMANN, W., 1998, S. 50). Die Verselbständigungs- bzw. Autonomietendenzen bezogen auf die wirtschaftliche Entwicklung gingen in manchen Regionen so weit, daß Weisungen der Zentrale zusehends weniger beachtet oder sogar systematisch umgangen wurden. „Die Zeit der Kommandowirtschaft und der ideologischen Disziplinierungskampagnen ist vorbei“ (HEILMANN, S., 1998, S. 191). Regionale Sonderentwicklungen gewannen damit eine neue Qualität, wobei die Parteizentrale die eigenwilligen provinzialen/regionalen Führungen nicht mehr so strikt wie in der Vergangenheit der nationalen Politik verpflichten

kann. Ein Streben der lokalen Führungen nach Unabhängigkeit gegenüber der Zentralregierung ist zu beobachten und besitzt immer mehr Konfliktpotential (AUSSAGE VON LI JUNJIANG, 1999).

Das heutige Ziel besteht darin, durch Reformen die Unterschiede abzubauen, während die früheren Reformen in den Küstenstädten gerade auf das Gegenteil hin ausgerichtet waren. Die bislang vertretene politische Ansicht, daß ein gleichmäßiger Wohlstand für alle durchaus erstrebenswert sei, findet vermehrt Beachtung. Allerdings hat man auch in der VR China erkannt, daß es einen Zusammenhang zwischen der Allokation der Ressourcen und der Distribution des Sozialproduktes gibt. Die prosperierenden Küstenregionen sind mit erheblich besseren Infrastruktureinrichtungen und qualifizierterem Humankapital ausgestattet, was wiederum Betriebe anzieht, die Investitionen tätigen.

Die östlich und südöstlich entwickelten Regionen, insbesondere die Küstenregionen, sollen gemäß den Plänen weiterhin ihre wirtschaftliche Bedeutung voll zum Tragen bringen. Ausländische Kapital- und Warenimporte werden weiter befördert. Die Entwicklung soll verstärkt in Richtung einer Exportdiversifizierung forciert werden. Die erwirtschafteten Mittel will die VR China in den Ausbau der Infrastruktur (Transport, Bewässerung, Telekommunikation, Energie) in Zentralchina und in die westlichen Provinzen fließen lassen. Eine Verlagerung der Rohstoffindustrien (Primärindustrien) sowie der extrem arbeitsintensiven Industrien in die westlichen Regionen Chinas wird angestrebt (DEG U.A., 1996 A, S. 9).

3.3 Agrarreformprobleme

Wie in anderen Entwicklungsländern zu beobachten ist, so führt auch in der VR China die *Heterogenität der bäuerlichen Interessenkonstellationen* zur spontanen Bildung von Vereinigungen auf der Grundlage lokaler, ethnischer oder berufsmäßiger Herkunft.

Es ist die diffuse Ausbildung lokaler ländlicher Schutzgemeinschaften, die heute als möglicher Keim einer Selbstorganisation der Gesellschaft gegenüber dem Staat verstanden wird (HERRMANN-PILLATH, C., 1998, S. 70). Untersuchungen bestätigen, daß sich Bauern in den Städten teilweise zu Landsmannschaften und Bettlerbanden zusammenschließen, bis hin zu kriminellen Vereinigungen mit mafiaähnlichen Strukturen, die Unternehmen betreiben, Schutzgelder und Straßengebühren einfordern und teilweise relativ große Gebiete kontrollieren (HEBERER, T., 1998, S. 379 FF. und HAI H., 1994, S. 2).

Autonome Organisationen dieser Art, die an traditionelle Strukturen anknüpfen, weisen darauf hin, daß es ein wachsendes Bedürfnis der Bauernschaft nach Organisationen in selbständigen Vereinigungen gibt. Da es sich, wie bei den Händlern, um Berufsvereinigungen handelt, können diese durchaus als Vorläufer autonomer Vereinigungen begriffen werden, da der Staat sie nicht kontrollieren kann. Da sie illegal sind, vermögen sie keinen direkten Einfluß auf den Staat

auszuüben. Dieser gerät aber zunehmend unter Druck, derartige Interessenvertretungen zuzulassen, um Kontrolle über sie auszuüben und ihre Tätigkeiten gegenüber kriminellen Handlungen abgrenzen zu können (HANDELSBLATT, 1998A, S. 3; HEBERER, T., 1995, S. 34).

So griffen auf dem Land des öfteren die von hohen Steuern belasteten Bauern zur Gewalt gegen die lokalen Behörden, denen sie Korruption und Veruntreuung vorwarfen. Bis 1985 wurde die Landwirtschaftssteuer von den Bauern in Naturalform entrichtet. Um die Eigenständigkeit der Betriebe zu festigen, wird die bisherige Form der Gewinnabführung im Zuge einer Steuerreform im Jahre 1985 durch die Einführung eines Besteuerungssystems ersetzt, dem die Betriebe unterliegen. Demnach ordnete der Staat an, die Steuer überwiegend in monetärer Form zu entrichten (PHILIPP, R., 1993, S. 143).

Durch die Einführung des Produktionsverantwortlichkeitssystems werden die Bauernhaushalte zu landwirtschaftlichen Unternehmen, die für Gewinne und Verluste selbst aufzukommen haben. Weiterhin werden überschüssige Arbeitskräfte zum Teil von der landwirtschaftlichen Industrie absorbiert oder ziehen als Wanderarbeiter durch Stadt und Land. Des Weiteren gehen Bauern aus ihrem angestammten Beruf heraus und machen sich selbständig.

Der Druck auf die Bauernschaft nahm jedoch zu. Wurden 1990 noch ca. 17% des bäuerlichen Einkommens durch Steuern und Abgaben abgeschöpft, so soll sich dieser Prozentsatz bis 1993 auf ca. 30% erhöht haben (HEBERER, T., 1998, S. 387). Diese Spannungen entluden sich durch Unruhen und Angriffe der Bauern auf Parteibüros in den Städten, so daß die Regierung einen Teil der Abgabenlast strich. Jedoch umgingen lokale Verwaltungen diese Bestimmungen durch diverse Gegenmaßnahmen.

Die landwirtschaftlichen Reformen sind nicht in allen Landesteilen gleichmäßig verlaufen; eine ungleichmäßige Entwicklung ist zu konstatieren. Die unmittelbar an die Großstädte grenzenden ländlichen Gebiete entwickelten zunehmend diversifizierte Produktionsstrukturen, um die städtische Bevölkerung mit frischen landwirtschaftlichen Produkten versorgen zu können. In diesen Gebieten bildete sich eine rege Marktaktivität heraus. Zum Teil entstanden reiche Bauernhaushalte, die sogar dazu übergingen, Lohnarbeiter zu beschäftigen.

Die Regionen, die fernab der größeren Städte liegen – von der Natur wenig begünstigt oder in infrastrukturell wenig erschlossenen Landesteilen liegend – blieben hinter der Entwicklung zurück (s. Kapitel 3.2 Regionale Probleme). 1985 zählte man ca. 60 Mio. arme Bauern, die nach wie vor am Rande des Existenzminimums leben; immerhin 10 Mio. weniger als 1981 (LOUVEN, E., 1985, S. 228 FF.). Offiziellen Angaben Mitte der 80er Jahre zufolge soll es 90% der Bauern nach den landwirtschaftlichen Reformen besser als vorher gehen; 10% würden noch unter 'bedürftigen' Verhältnissen leben (DENG X., 1988, S. 123 FF.). Die Einkommensrelation hat sich jedoch Mitte der 90er Jahre zugunsten der Stadtbevölkerung auf 1:2,6 verschoben; Mitte der 80er Jahre betrug diese noch 1:1,7 (TAUBMANN, W., 1998, S. 56).

Kumuliert sollen etwa 100 Mio. überschüssige Arbeitskräfte durch die Reformen im ländlichen Raum freigesetzt worden sein. Während die Volkskommunen diese Landarbeiter bzw. Bauern in anderweitiger Weise beschäftigen konnten (z.B. bei Infrastrukturarbeiten), hat das Produktionsverantwortlichkeitssystem die „versteckte Arbeitslosigkeit“ bloßgelegt. Ein Teil dieser überschüssigen Arbeitskräfte konnte in der ländlichen Industrie beschäftigt werden, ein anderer Teil verdingte sich als Wanderarbeiter, von denen es 1989 ca. 50 Mio. bei steigender Tendenz gab (CHINA AKTUELL, 1989, S. 926).

Dieser Entwicklungsprozeß konnte auch 1997 als noch nicht abgeschlossen betrachtet werden. Im agrarischen Bereich verlieren Bauern durch den Einsatz von Maschinen und Kunstdünger, durch eine rationellere Bestellung von Grund und Boden und durch Konkurrenzdruck weiterhin ihre Arbeit.

Ein Kernproblem ist die geringe Anbaufläche. Wenn man bedenkt, daß die VR China ein Viertel der Weltpopulation (ca. 1,2 Mrd. Menschen) auf nur 7% der Weltanbaufläche versorgen muß, so ist dies eine Leistung, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Hinzu kommt, daß sich das Verhältnis der Anbaufläche pro Kopf der Bevölkerung weiterhin ungünstig gestaltet. Gemessen an der Bevölkerungszahl verfügt die VR China mit 0,09 ha pro Kopf nur über ein Achtel der Fläche der USA, ein Siebtel derjenigen der ehemaligen UDSSR, zwei Drittel derjenigen Indiens und zwei Siebtel der Fläche im Weltdurchschnitt. Es ist eine gewaltige Leistung, daß es gelingt, mit einer derart geringen Nutzfläche mehr als ein Fünftel der Erdbevölkerung zu ernähren (HEBERER, T., 1990, S. 123).

Die Reformen im agrarischen Bereich der landwirtschaftlichen Gebiete haben nicht für die gesamte Bevölkerung den erhofften Wohlstand erbracht. Vielmehr ist eine ungleiche Entwicklung zu konstatieren, die durchaus von der Regierung bis zu einem gewissen Grad akzeptiert wird. Diese erhofft sich dadurch eine „Initialzündung“ für die ärmeren Regionen, die auch heute noch überwiegend veralteten Produktionsweisen nachgehen.

3.4 Preis- und Regulierungsprobleme

Mit diesem Oberbegriff ist die Existenz eines *Doppelpreissystems* gemeint, d.h. eines staatlich festgesetzten Preises und konträr dazu eines Marktpreises, der sich nach Angebot und Nachfrage richtet. Der Marktpreis ist meistens mehrfach höher als der erstere.

Diese Differenz, die ursprünglich als Ansporn für die betriebliche Aktivität zur Erhöhung der Produktion gedacht war, führt jedoch dazu, daß die Macht der Instanzen, die Entscheidungen über Zuweisung der Produktionsmittel fällen, mißbraucht wird. Die politische verwaltende Macht verwandelt sich in die Macht der Wirtschaft, so daß der Staatsapparat zu großen Teilen korrumpiert wird.

Werden staatlich regulierte Preise freigegeben, so führt dies i.d.R. zunächst zu Preissteigerungen, die erst in der Folgezeit einen Angebotsschub am Inlands-

markt auslösen. Diese inflationär wirkenden Effekte können vor allem durch restriktive Geld- und Fiskalpolitik konterkariert werden.

Ähnlich wirken Entwicklungen, wie sie von der Schließung nicht entwicklungs-konformer Staatsunternehmen ausgehen. Werden ganze Industriezweige durch z.B. Umweltauflagen geschlossen, sind Verlagerungen von Produktion oder eine geringere Marktsättigung die Folge. Weiterhin können Preiserhöhungen temporär stattfinden.

Daher sind die Maßnahmen der Zollreduktion positiv und als heilsam zu bezeichnen. Gemäß des 9. Fünfjahresplanes besteht das Ziel darin, die Inflationsrate unterhalb der realen Wachstumsrate zu halten. Die Zollreduktion hat jedoch eine Kehrseite. Werden Importe dadurch vergünstigt, steigt gleichzeitig der Wettbewerbsdruck auf die chinesisch-ausländischen Gemeinschaftsunternehmen in der VR China. Dadurch müssen Projekte einer erneuten Rentabilitätsprüfung unterzogen und ggf. restrukturiert werden (DEG U.A., 1996A, S. 8 F.).

4. Zusammenfassung und Ausblick

Der mit den wirtschaftspolitischen Reform- und Liberalisierungsmaßnahmen einhergehende ökonomische und soziale Wandel hat das Sozial- und Interessengruppengefüge in der VR China verändert. Obwohl es seit Jahrzehnten eine soziale Schichtung und damit leichter abgrenzbare Interessengruppen gegeben hat, existieren gravierende Unterschiede zwischen der Schichtung vor Beginn der Reformen und danach.

Interessenverbände, die politische Kriterien zur Grundlage haben – wobei Parteimitgliedschaft, Kaderrang, Klassenherkunft und ideologische Standfestigkeit Voraussetzung der Gruppenzugehörigkeit waren – sind nicht mehr gegeben. Seit Anfang der 90er Jahre handelt es sich um Interessengruppierungen, die stärker auf ökonomische Prämissen wie wirtschaftlichen und unternehmerischen Erfolg setzen und dementsprechende Interessenvereinigungen zu gründen beginnen bzw. gegründet haben (HEBERER, T., 1995, S. 31).

Vereinigungen in der VR China wirken als Interessen-, gesellschaftliche Kontroll-, Bildungs- und Freizeitorganisationen, die partikulare Interessen gegenüber dem Staat vertreten oder zumindest partielle gesellschaftliche Autonomie repräsentieren. Hinzu kommt, daß Zusammenschlüsse von Interessengruppen durchaus demokratischer funktionieren können als die Gesamtgesellschaft und somit als „Schule der Partizipation“ hinsichtlich der Durchsetzung der Reformmaßnahmen zu wirken vermögen.

Die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften unterliegen insgesamt gesehen trotzdem noch einer starken Aufsicht und Kontrolle durch den Staat. Fast alle Wirtschaftsverbände wurden auf Initiative staatlicher Behörden gegründet oder wurden von diesen gezielt gefördert. Wie weit die Autonomie der Verbände und damit der Einfluß auf die wirtschaftlichen Reformmaßnahmen reicht, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Diese sind je nach Verband, Region und stra-

tegischer Bedeutung für den Staat verschieden und können daher nicht pauschalisiert werden. Auffällig ist, daß sich die Verbände weitgehend auf die Interessenvertretung von ökonomischen Faktoren beschränken.

Durch die Gründung von Wirtschaftsverbänden im Staatssektor erhofft sich die Regierung primär eine Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz. Durch die Gründung von *Branchen- und Hauptverbänden* bzw. *Hauptgesellschaften* beginnt sich auf diese Weise eine neue institutionelle Ebene zwischen Staat und Unternehmen zu schieben. Die direkte Behördenaufsicht über Unternehmen weicht zusehends einer mittelbaren Kontrolle durch Hauptgesellschaften und Verbände. Die Vermittlung politischer Interessen ausgehend von diesen Organisationen ist in den gegenwärtigen Strukturen der VR China direkt nicht eingeplant; sie sollen eher eine Art indirekte Kontrollfunktion ausüben.

Mit dem Reformprozeß hat in der VR China zugleich ein Prozeß gesellschaftlicher Pluralisierung eingesetzt. Über eine Marktentfaltung mit privatwirtschaftlichen Strukturen, einer stärkeren Autonomie der Gesellschaft gegenüber dem Staat, einem Elitenwandel sowie mit der Entstehung unabhängiger Interessenvereinigungen könnte langfristig ein Demokratisierungsprozeß eingeleitet werden. Andererseits seien zur Zeit keine Organisationen in Sicht, die mittelfristig eine Alternative zur KPCh darstellen können – die zwar angeschlagen ist, sich jedoch gleichsam unersetzlich macht. „Einer instabilen, unruhigen Gesellschaft steht eine zur Zeit relativ stabile Beijinger Machtzentrale gegenüber“ (HEILMANN, S., 1998, S. 198).

Durch die Wirtschaftsreformen hervorgerufene Motivation, verstärkte Mobilität und der Drang nach einem radikalen gesellschaftlichen Wandel, ist auch auf die stärkere Privatisierung von Wirtschaftstätigkeiten zurückzuführen. *Privatunternehmer* entwickeln Interessen und Aktivitäten, die über ausschließlich ökonomische Faktoren hinausgehen. Sie tragen zur grundlegenden Beeinflussung und Umgestaltung der Wirtschaftspolitik bei; daher dürfen Synergieeffekte auf den Reformwandel nicht unterschätzt werden. Letztlich tragen die Unternehmer zur „Sprengung und Auflockerung“ des herkömmlichen Systems mit seinen gefestigten Strukturen und Grenzen bei, wobei sich die KPCh und die Regierung bei der Blockierung dieser Interessen begrenzen müssen, um den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten.

Viele private Unternehmer versuchen jedoch, ihre individuellen Interessen im Rahmen eines Nepotismus mit Hilfe von Sonderkontakten und Korruptionsbeziehungen zur Bürokratie durchzusetzen. Sie scheinen bisher eher an der Erhaltung dieses Systems der informellen „partikularistischen Interessendurchsetzung“ interessiert zu sein als an der Stärkung formeller Verbandsorganisationen.

Summarisch gesehen befindet sich das chinesische „Interessengruppengefüge“ in einem *Wandlungsprozeß*, dessen Ergebnis bisher nicht eindeutig abzusehen ist. Daher fallen prognostizierende langfristige Aussagen schwer und sollen durch vorsichtige, nicht stringente und mittelfristige Einschätzungen der gegenwärtigen Konstellationen und Szenarien ersetzt werden. Dies trägt ad ab-

surdum wenigstens in Ansätzen den teilweise konträr verlaufenden wissenschaftlichen Diskussionsinhalten dieser schwierigen Thematik Rechnung.

Noch dominiert die staatliche Aufsicht, aber es ist in dieser Publikation deutlich geworden, daß sich diese Situation langsam und nachhaltig ändern könnte. Wenn sich die Kontrolle des Staates über Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der Wirtschaftsreformen weiter lockert, könnten einige der bestehenden Wirtschaftsverbände eine stärkere Autonomie erlangen als bisher. Dies könnte zur Folge haben, daß eine ausgeprägtere und erweiterte Interessenartikulation die Bildung eines vom Parteistaat unabhängigeren Verbandswesens forciert. Durch die politische Öffnung gegenüber der wachsenden Vielfalt wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Interessengruppierungen könnte die Basis für ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum und politische Stabilität in der VR China generiert werden.

QUELLENVERZEICHNIS

- BASS, H.-H.; SCHÜLLER M. (HRSG.), 1995, Weltwirtschaftsmacht China, Institut für Asienkunde, Hamburg.
- BASS, H.-H.; WOHLMUTH, K. (HRSG.), 1996, China in der Weltwirtschaft, Institut für Asienkunde, Hamburg.
- BOHNET, A., 1997, China's economic reforms, in: *Intereconomics*, September/October, Vol. 32, S. 242-250.
- BRUUN, O., 1993, An ethnography of private business households in contemporary China, Berkeley.
- BUNDESSTELLE FÜR AUBENHANDELSINFORMATIONEN (BFAI), 1997a, Länderreport VR China, Wirtschaftstrends, Köln.
1997b, Wirtschaftsdaten VR China, Köln.
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG, 1997, VR China, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 198, Bonn.
1995, China special, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 50, Bonn.
- CASSEL, D., 1990, Wirtschaftssysteme im Umbruch; Theoretische Grundlagen des Reformprozesses in der VR China, München.
- CHAN A., 1995, The emerging patterns of industrial relations in China and the rise of two new labour movements, in: *China information*, Nr. 4, S. 36-59.
- CHEN A., 1993, A study of China's political reforms 1979-89, Ann Arbor.
- CHINA AKTUELL, 1989, Nr. 12, S. 926.
- CHINA CONTACT, 1998, September, S. 20 f.
- DEUTSCHE INVESTITIONS- U. ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT (DEG), 1996, Eckdaten für Privatinvestitionen in der VR China, Köln.
- DEUTSCHE INVESTITIONS- U. ENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT (DEG) U. A., 1996, *Wirtschaftshandbuch China*:
1996a, Politik, Wirtschaft u. Infrastruktur Chinas, Bd. 1, Köln.
1996b, Unternehmensgründung- u. führung, Arbeitsrecht, Bd. 3, Köln.
- DENG X., 1989, Politisch die Demokratie entwickeln, wirtschaftlich die Reform durchführen, in: *Deng*, Beijing, S. 123-129.
- FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW, 1995, 30. November, S. 13.
- FISCHER, D., 1995, Gibt es den chinesischen Privatunternehmer?, in: *Osteuropa Wirtschaft*, Nr. 4, S. 304 ff.
- FLAVIN, C.; DUNN, S., 1997, Facing China's Limits, in: *Review of the National Institute for Research Advancement*, Tokyo, April, S. 3-6.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 1997, 03. März, Li Peng verspricht Stabilität und Fortsetzung der Reformen, S. 5.
- GOODMANN, D.; HOOPER, B., 1994, *China's Quiet Revolution. New Interactions between State and Society*, New York.
- GU X., 1995, Von Mao zu Deng: Chinas Wandel vom Totalitarismus zum Autoritarismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50/95, Bonn.
- GUTOWSKI, A.; TANG XIAOZHONG, 1998, Möglichkeiten von Kooperationen für ausländische Unternehmen in der VR China, *Berichte des Arbeitsbereichs Chinaforschung*, Nr. 12, Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management, Universität Bremen, Bremen.
- HAI H., 1994, Ursachen und Maßnahmen bezüglich der Probleme der öffentlichen Sicherheit in der VR China, in: *Zeitschrift für Politik und Recht*, S. 2.
- HANDELSBLATT, 1999, China ebnet Weg für Marktwirtschaft, 16. März, S. 9.
1998a, Li Peng erteilt der westlichen Demokratie eine klare Absage, 01. Dezember, S. 3.
1998b, Mit eiserner Faust Steuern eintreiben, 15. Dezember, S. 10.
1998c, Peking macht Druck, 30. November, S. 9.
- HEBERER, T.; TAUBMANN, W., 1997, Ländliche Urbanisierung und sozialer Wandel in der VR China, Wiesbaden.
- HEBERER, T., 1998, Zwischen Krise und Chance: neue soziale Herausforderungen des ländlichen Chinas, in: *Länderbericht China*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 351, Bonn, S. 379-406.
1995, Die stille Revolution von unten. Wandlungsprozesse im ländlichen Raum Chinas, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 50/95, Bonn.
1991, Korruption in China. Analyse eines politischen, ökonomischen und sozialen Problems, Bonn.
1990, Probleme der Agrarentwicklung Chinas, Bonn.
- HEILMANN, S., 1998, Modernisierung ohne Demokratie? Zukunftsperspektiven des politischen Systems der VR China und der KPCh, in: *Länderbericht China*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 351, Bonn, S. 186-205.
1997a, Das politische System der VR China im Wandel, Institut für Asienkunde, Hamburg.
1997b, Gehemmter Wandel: Gewerkschaften in der VR China, in: *China aktuell*, Nr. 1, S. 45-50.
1996a, Verbände in der VR China: eine Bestandsaufnahme, in: *China aktuell*, Nr. 11, S. 1068 ff.
1996b, Auf dem Weg zu einer post-kommunistischen Gesellschaftsordnung: Kaderkapitalismus in der VR China, in: *Zeitschrift für Politik*, Nr. 4, S. 375-393.
1995, Abstimmungsrevolten und regionale Sonderinteressen, in: *China aktuell*, Nr. 24, S. 201-205.
1994, Das Potential für soziale und politische Unruhen in der VR China, in: *China aktuell*, Nr. 23, S. 476-482.
- HELLWEGE, C., 1997, Staat und Wirtschaftsverbände in der VR China, in: *China aktuell*, Nr. 1, S. 51-59.

- HERRMANN-PILLATH, C., 1998, Chinesische Identität und langfristiger sozio-ökonomischer Wandel, in: Länderbericht China, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 351, Bonn, S. 58-76.
- HEUSER, R. (HRSG.), 1996, Wirtschaftsreform und Gesetzgebung in der VR China, Institut für Asienkunde, Hamburg.
- HOWELL, J., 1994, Interest groups in Post-Mao-China, Berlin.
- HUANG H.; HSIAO M., 1993, Discovering East Asian Middle Classes: Formation, Differentiation and Politics, Taipeh.
- INTERNATIONAL LABOUR ORGANIZATION (ILO), 1995, Main ILO activities in China, Office Beijing, Beijing.
- KIRSCH, J.; MACKSCHEIDT, B., 1988, Ordnungspolitik in einem konfuzianistischen Land, Baden Baden.
- KRUG, BARBARA, 1993, Chinas Weg zur Marktwirtschaft, Marburg.
- LANQING L., 1996, Wirtschaftsreform und Öffnungspolitik in China, in: Beijing Rundschau, Nr. 2, S. 18-26.
- LEMPER, A., 1997, „Umbrüche in der Weltwirtschaft – Globalisierung und neue regionale Herausforderungen“, Vortrag V. Jahreswirtschaftstagung des Institutes für Weltwirtschaft und Internationales Management, November, Bremen.
- LI JUNJIANG, 1999, Jilin Universität, VR China, mündliche Aussagen.
- LI XUEYI, 1991, Sinisierung der chinesischen Soziologie, Jinan.
- LI YINGFENG, 1991, Zwei Arten psychologischer Trends bei jungen Individualwirtschaftenden, in: Zhongguo Bao, Mai, S. 2.
- LI YUSHA, 1994, Politische Forderungen der neuen Kapitalisten, in: Gegenwart, Nr. 6, S. 4 f.
- LIEBERTHAL, K.; LAMPTON, D. (HRSG.), 1992, Bureaucracy, Politics, and Decision Making in Post-Mao China, Berkeley, Los Angeles.
- LOUVEN, E., 1985, Die chinesische Wirtschaft 1985: Probleme der Preis- und Lohnreform, in: China aktuell, Nr. 4, S. 228-234.
- MUFSON, S., 1997, As China takes off, millions feel left behind, in: Herald Tribune, 03. Januar, S. 5.
- MUMMERT, U., 1998, Wirtschaftliche Entwicklung u. Institutionen, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 2, S. 39.
- NACHRICHTEN FÜR DEN AUBENHANDEL, 1997, 18. Juni, Staatsunternehmen sind das Rückgrat der Industrie Chinas.
- NAHRENDORF, R.; SEIDLITZ, P., 1996, Der Reformprozeß ist auch nach einem Führungswechsel nicht umkehrbar, in: Handelsblatt, 03. September, S. 12.
- NEUE ZÜRICHER ZEITUNG, 1997, 24. Mai, S. 6, Neuer Kampf gegen die Korruption in China.
- NEVITT, C., 1996, Private business associations in China, in: The China journal, Nr. 36, S. 29-35.
- PERRY, E., 1995, Labour's battle for political space, Washington D.C.

- PHILLIP, R., 1993, Zum Charakter der Reformbestrebungen der VR China, Frankfurt a. M./New York/Paris.
- RENMIN RIBAO, 1993, 11. Mai.
- RODRIK, D., 1996, Understanding economic policy reform, in: Journal of economic literature, Vol. XXXIV, S. 9-41.
- 1992, Limits of trade policy reform in developing countries, in: Journal of economic perspectives, Vol. 6, Nr. 1, S. 87-105.
- ROGERS, E., 1969, Modernization among Peasants, New York.
- SCHÄDLER, M., 1989, Entwicklung der ländlichen Wirtschaft Chinas seit 1978, Hamburg.
- SCHOETTLI, U. U. A., 1997, China im Aufbruch, in: Internationale Politik, Nr. 6, S. 3-54.
- SCHÖNLEBER, H., 1994, Kammern und Wirtschaftsverbände in China, Darmstadt.
- SCHÜLLER, M., 1998, Reform und Öffnung: der chinesische Weg zur Marktwirtschaft, in: Länderbericht China, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 351, Bonn, S. 278-301.
- 1997, Chinas Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1996, in: China aktuell, Nr. 13, S. 339-343.
- SHAMS, R., 1991, Hemmnisse der wirtschaftspolitischen Reformpolitik in Entwicklungsländern, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 209, Berlin.
- 1990, Interessengruppen und Anpassungskonflikte in Entwicklungsländern, Hamburg.
- 1989, Zur Theorie und Praxis bürokratischer Entwicklungsgesellschaften, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 186, Berlin.
- 1987, Interessengruppen und entwicklungspolitische Entscheidungen, Bremen.
- SHAMS, R.; HOLTHUS, M., 1987, Anpassungspolitik und Interessengruppen in Entwicklungsländern, in: Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Hamburg.
- SHI Y. U.A., 1991, Wie mit den Organen für Zivilangelegenheiten in Kontakt kommen?, Beijing.
- TANG XIAOZHONG, 1998, Wirtschaftsforschungsinstitut der Plankommission der Stadt Shanghai, VR China, mündliche Aussagen.
- TAUBMANN, W., 1998, Naturräumliche Gliederung und wirtschaftsgeographische Grundlagen, in: Länderbericht China, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 351, Bonn, S. 31-57.
- TOLZ, V., 1989, Informal groups and politics, Moskau.
- UNGER, J.; CHAN A., 1995, China, Corporatism and the East Asian Model, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, Nr. 33, S. 29-53.
- VEREINIGTE WIRTSCHAFTSDIENSTE, 1997, Nr. 90, S. 2, Neuausrichtung des Staatssektors Chinas erwartet.

- WALL, D., 1993, Role of the special economic zones in China, in: Development policy review, September, S. 243-260.
- WALL STREET JOURNAL, 1999, China promises major reforms, 25. März, S. 10 f.
- WANDA, T. U. A., 1994, Economic reform in China, IMF (Publisher), Washington D.C.
- WANK, D., 1990, Private business, bureaucracy and political alliance in a chinese city, in: The Australian Journal of Chinese Affairs, Nr. 33, S. 55-71.
- WELTBANK, 1996, Directions in development, Washington D.C.
- WHITE, G. U.A., 1996, In search for civil society: market reform and social change in contemporary China, Oxford.
- WIRTSCHAFTSWOCHE, 1999, Nr. 10, S. 51 f.
- XIANMIN S., 1992, Entwicklungsprozeß und Differenzierung der Haushalte, in: Sozialwissenschaften Chinas, Nr. 5, S. 37 f.
- YU X., 1992, Kulturelle Hintergründe des chinesischen Wirtschaftssystems und seine marktwirtschaftliche Transformation, Paderborn.
- ZHANG Y., 1995, Chinese NGOs. A survey report, Singapore.